

- gekürzte Fassung -

Warum gehen junge Menschen nicht zur Wahl?

Eine Analyse zu den Motiven der jugendlichen Nichtwählerinnen und Nichtwähler (16 bis 21 Jahre) zur Bürgerschaftswahl 2015 in Anlehnung an die Jakobkeit-Studie von 2011

Theorie-Praxis-Projekt - Modul 13

Studiengruppe RIA 2013x



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Projektauftrag	3
2.1 Hintergründe des Projektes	3
2.2 Projektvereinbarung und Projektziele	5
3. Methodisches Konzept und Vorgehen	6
3.1 Vorbereitung und Einteilung der Projektgruppen	6
3.2 Instrumente der Planung und Steuerung	7
3.2.1 Projektstrukturplan	8
3.2.2 Balkenplan	8
3.2.3 Meilensteinplan	9
3.2.4 Workloadplan	9
4. Befragung	10
4.1 Fragebogen als Erhebungsinstrument	10
4.1.1 Entwicklung des Fragebogens	11
4.1.2 Aktueller Forschungsstand und Hypothesen der Erhebung	12
4.1.3 Methodik der Erhebung	15
4.2 Organisation der Befragung	17
4.2.1 Festlegung des Befragungsgebietes	17
4.2.2 Organisation und Durchführung der Befragung	20
5. Auswertung der Befragung	24
5.1 Vorbereitung der Auswertung	24
5.1.1 Regeln und Kriterien für die Eingabe der Fragebögen	26
5.1.2 Arbeit mit SPSS	28
5.1.3 Verwendete statistische Berechnungen	29
5.2 Auswertung der Hypothesen	31
5.2.1 Auswirkungen von Bildung auf Wahlbeteiligung	32
5.2.1.1 Ausbildungsstatus	32
5.2.1.2 Angestrebter Bildungsabschluss	33

5.2.1.3 Elterliche Unterstützung.....	34
5.2.1.4 Bildungsabschluss der Eltern	35
5.2.1.5 Wahlverhalten der Eltern	36
5.2.1.6 Vorbereitung auf die Wahl	38
5.2.2 Auswirkungen der Peergroup auf die Wahlbeteiligung	38
5.2.2.1 Wahlverhalten der Freunde	39
5.2.2.2 Politik im Freundeskreis.....	40
5.2.2.3 Abhängigkeit von Peergroup	41
5.2.2.4 Eingeständnis der Beeinflussbarkeit.....	41
5.2.2.5 Freizeitverhalten der Peergroup	42
5.2.3 Politikverdrossenheit	46
5.2.3.1 Vertrauen in das politische System.....	46
5.2.3.2 Generelles Politikinteresse	48
5.2.4 Wahlbeteiligung in Abhängigkeit vom Geschlecht	49
5.2.5 Auswirkung der Mediennutzung auf die Wahlbeteiligung.....	50
5.2.5.1 Fernsehkonsum.....	50
5.2.5.2 Radionutzung	53
5.3 Motive mangelnder Wahlbeteiligung	55
5.3.1 Erläuterungen zu den Motiven.....	56
5.3.2 Perspektive Wähler	58
5.3.3 Perspektive Nichtwähler	59
5.3.4 Vergleich	60
5.3.5 Sonstige Angaben	61
5.3.5.1 Erläuterungen zu den Gruppierungen.....	61
5.3.5.2 Auswertung und Beispiele	64
6. Befragungsergebnisse im Überblick	66
7. Reflexion der Projektarbeit	70

7.1 Reflexion der Methodik	70
7.2 Umgang mit Konflikten	71
7.2.1 Kommunikation	71
7.2.2 Zeitdruck	73
7.3 Zusammenarbeit	75
Literaturverzeichnis.....	78
Internetquellenverzeichnis:	79
Anhang	I
A. Projektstrukturplan	I
B. Balkenplan.....	II
C. Fragebogen.....	III
Dienstliche Erklärung.....	VIII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Meilensteinplan	9
Abbildung 2: Befragungsorte; Schulen (rot) und Institutionen (schwarz)	23
Abbildung 3: Irrtumswahrscheinlichkeit und Signifikanz der Werte.....	31
Abbildung 4: Zusammenhangsmaß und daraus folgende Interpretation	31
Abbildung 5: Elterlicher Bildungsabschluss in Relation zur Nichtwählerschaft .	36
Abbildung 6: Wahlverhalten der Eltern.....	37
Abbildung 7: Wahlverhalten der Freunde.....	40
Abbildung 8: Vertrauen in das politische System	47
Abbildung 9: Politikinteresse der Befragten.....	48
Abbildung 10: Beliebteste TV-Kanäle der Gesamtheit der Befragten	51
Abbildung 11: Beliebteste TV-Kanäle von Wählern und Nichtwählern.....	51
Abbildung 12: Beliebteste Radiosender der Gesamtheit der Befragten.....	53
Abbildung 13: Beliebteste Radiosender von Wählern und Nichtwählern	53
Abbildung 14: Gründe für das Nichtwählen aus der Perspektive der Wähler....	58
Abbildung 15: Gründe für das Nichtwählen aus d. Perspektive d. Nichtwähler.	59

1. Einleitung

Die 14 Studierenden der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) aus der Studiengruppe 2013x bearbeiten zusammen mit dem Landeswahlamt als Auftraggeber der Hamburgischen Verwaltung, im Theorie-Praxis-Projekt das Thema „Warum gehen junge Menschen nicht zur Wahl? Eine Analyse zu den Motiven der jugendlichen Nichtwählerinnen und Nichtwähler (16 bis 21 Jahre) zur Bürgerschaftswahl 2015 in Anlehnung an die Jakobeit-Studie von 2011“.

Vor dem Hintergrund der in Deutschland allgemein rückläufigen Wahlbeteiligung, welche sich bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg seit 2001 zum vierten Mal in Folge verringerte¹, erschien den Studierenden eine Nachwahlbefragung zur Bürgerschaftswahl 2015 sehr interessant. Besonders lohnenswert empfand die Projektgruppe die Eingrenzung auf die Zielgruppe jugendlicher Nichtwähler² und somit Erstwähler, da sich innerhalb dieser Gruppe aufgrund des geänderten Wahlrechts erstmals auch 16- bis 17-jährige unter den Wahlberechtigten befanden. Zudem bestand aufgrund der Einübungsphase I durch eine Studierende bereits frühzeitig zu Beginn des dritten Semesters ein guter Kontakt zum Auftraggeber. Dadurch konnten gemeinsame Projektziele schnell vereinbart werden.

Die in der Projektanmeldung vorgestellte Jakobeit-Studie aus dem Jahr 2011 diene der Gruppe thematisch als Vorlage und sollte eingegrenzt auf die Klientel der jugendlichen Nichtwähler näher beleuchtet werden. Zielsetzung ist das Herausarbeiten von Motiven von jugendlichen Nichtwählern im Alter von 16 bis 21 Jahren. Diese Motive sollen durch die erfolgte Nachwahlbefragung durch einen schriftlichen Fragebogen erhoben und im folgenden Schritt ausgewertet werden. Die Aktualität des Themas hat sich durch die bei der Bürgerschaftswahl 2015 nochmals um 0,8 Prozentpunkte gesunkene

¹ Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg, 2015, S. 7.

² Bei allem Bemühen um eine Sprache, die beide Geschlechter gleichermaßen berücksichtigt, wird im Folgenden aus redaktionellen Gründen nur die männliche Ausdrucksweise gewählt. Diese schließt selbstverständlich auch jeweils die Wählerinnen, Schülerinnen, Kandidatinnen etc. mit ein.

Wahlbeteiligung bestätigt. Diese liegt aktuell mit 56,5 % auf dem niedrigsten Wert seit 1949.³

So konnte nach ersten Gesprächen mit dem Auftraggeber Landeswahlamt, vertreten durch Herrn Oliver Rudolf als Referatsleiter und stellvertretenden Landeswahlleiter, frühzeitig im dritten Semester mit der zielführenden Arbeit am Projekt begonnen werden.

Der Abschlussbericht stellt den gesamten Projektverlauf dar. Es werden eine Vielzahl von Erkenntnissen zur Motivlage von jugendlichen Nichtwählern dargelegt und näher erläutert. Sämtliche Darstellungen und Ausführungen erfolgen aus jeweils neutraler Sicht der Projektgruppe. Ebenso werden in geringem Umfang Handlungsempfehlungen aufgezeigt. Zum Verständnis der Auswertungen sollen im zweiten Kapitel Hintergründe für die Auswahl dieses Projektes und die thematische Verortung dargelegt werden. Zudem werden in Kürze die mit dem Auftraggeber vereinbarten Rahmenbedingungen genannt. Im dritten Kapitel wird das methodische Konzept der Projektstruktur, welches die Gruppe zu Beginn ihrer Arbeit festgelegt hat und Regelungen zur Arbeitsweise enthält, näher beschrieben. Im vierten Kapitel wird neben dem eigentlichen Projektverlauf näher auf das methodische Vorgehen zur Erarbeitung des Fragebogens, sowie der Organisation der Durchführung der Befragung selbst, eingegangen. Im fünften Kapitel erfolgt die dezidierte Auswertung und Interpretation der Ergebnisse der Befragung. Die herausgearbeiteten Motive jugendlicher Nichtwähler werden im Kapitel sechs zusammengefasst dargestellt. Hierbei wird in einer Art Ausblick versucht, mögliche Handlungsfelder zu benennen. In einem Exkurs, schließt die Arbeit im Kapitel sieben mit einer kritischen Betrachtung der Projektarbeit. An diesem Punkt werden keine inhaltlichen Ergebnisse betrachtet, sondern ausschließlich Kriterien bzgl. der Arbeit innerhalb der Projektgruppe.

³ Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg, 2015, S. 7.

4. Befragung

Der nachfolgende Abschnitt befasst sich mit den theoretischen Grundlagen der Erhebung. Es sollen die aktuellen Kenntnisse über die Nichtwähler aufgezeigt, die der Erhebung zugrunde liegenden Hypothesen erläutert und allgemeine methodische Annahmen der Befragung dargestellt werden.

4.1 Fragebogen als Erhebungsinstrument

Zu Beginn des Projekts musste von der Projektgruppe entschieden werden, welches Erhebungsinstrument am besten geeignet ist, um die Ziele der Untersuchung zu erreichen. In den Plenumsitzungen wurden, unter Berücksichtigung der Hinweise von Herrn Dr. Martin Schütz¹³, die Alternativen diskutiert. Zur Auswahl standen das face-to-face-Interview¹⁴, eine Online-Befragung und ein schriftlicher Fragebogen.

Die Idee, ein Interview als Erhebungsinstrument zu nutzen, wurde von der Projektgruppe schnell verworfen. Ein Hauptargument gegen diese Art der Befragung stellte der hohe Aufwand dar. Aufgrund der geringen Anzahl an Studierenden in der Projektgruppe (14 Mitglieder) waren schlichtweg die Kapazitäten nicht gegeben, um eine aussagekräftige Anzahl an Rückläufen zu erhalten.

Somit standen eine Online-Umfrage und der Papierfragebogen in der engeren Auswahl. Zu beiden Untersuchungsformen wurden Vor- und Nachteile in der Projektgruppe diskutiert. Ein Vorteil der Online-Befragung wäre die größere Erreichbarkeit. Durch einen verhältnismäßig geringen Aufwand hätte die Befragung im Internet verbreitet werden können. Gleichzeitig wäre eine Ausweitung auf das gesamte Hamburger Stadtgebiet möglich und verhältnismäßig leicht zu realisieren gewesen. Jedoch war der Projektgruppe nicht bekannt, welche technischen Aufgaben explizit anfallen würden, wenn man die Befragung online durchgeführt hätte. Zusätzlich wäre man hier insbesondere aufgrund des technischen Aufwandes stärker von anderen Personen und Institutionen abhängig gewesen. Beispielsweise hätten Computerexperten die Befragung programmieren oder Lehrer die Links an ihre Schüler weitergeben müssen. Auch Fragen bezüglich des Datenschutzes und der benötigten finanziellen Mittel standen offen.

¹³ Dozent für Soziologie und Politologie an der HAW Hamburg (Diplom-Soziologe).

¹⁴ Persönliches Einzelgespräch zwischen Interviewer und Teilnehmer der Befragung.

Für den Papierfragebogen sprach zum einen, dass ein besserer Überblick über die Ist-Situation gewährleistet werden kann. Zum anderen kann die Rücklaufquote so weitaus genauer bestimmt werden. Dementsprechend hätte man eine Kontrolle über die zu erwartende Anzahl der Fragebögen. Im Gegensatz zur Online-Befragung konnten zudem die anfallenden Tätigkeiten eindeutig bestimmt werden. Kritisch wurde die soziale Erwünschtheit der Antworten betrachtet, wenn die Befragung mithilfe eines Fragebogens in der Schule stattfinden würde. Es könnte sein, dass der Kontext der Befragungssituation (hier: Schule in Anwesenheit des Lehrers und direkt neben den Mitschülern) das Antwortverhalten der Schüler beeinflusst. In Gesprächen mit Dozenten der HAW wurde die Projektgruppe darauf hingewiesen, dass solche Effekte fast nie zu vermeiden seien und man diese vernachlässigen könne.

Die endgültige Entscheidung fiel, nach Abwägung aller Argumente, auf die Wahl des klassischen Papierfragebogens. Die methodischen Grundlagen und der Verlauf der Erstellung des Fragebogens sollen im Folgenden dargestellt werden.

4.1.1 Entwicklung des Fragebogens

Um sich das notwendige Hintergrundwissen zur Fragebogenerstellung anzueignen, wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet. Zwei Mitglieder der Studiengruppe bildeten die Arbeitsgruppe „Literatur 1“, die sich mit der Beschaffung und Verarbeitung der vorhandenen politisch-psychosozialen Grundlagen der Nichtwählerforschung befasste. Unter dem Gruppennamen „Literatur 2“ fanden sich insgesamt fünf Studierende zusammen, die sich in einem ersten Arbeitsschritt mit allgemeiner Literatur zur empirischen Sozialforschung beschäftigten, um später die entscheidenden Impulse zur Fragebogenerstellung bzw. -gestaltung zu geben.

Die Mitglieder der Literaturgruppe 1 konzentrierten sich auf die vorhandene Fachliteratur, wertete diese aus und erstellte eine Zusammenfassung sowie eine Übersicht zu den Arten von Nichtwählern. Hierfür wurden aktuelle Studien zur Nichtwählerforschung zusammengefasst und ausgewertet.

Zwischen dem 25.11. und dem 22.12.2014 eigneten sich die Gruppenmitglieder der Literaturgruppe 2 die nötigen Kenntnisse, auf Grundlage des Standardwerks „Andreas Diekmann: Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendung“ sowie durch Auffrischung von Lehrinhalten des Seminars „Grundlagen der Soziologie und Politologie“ an. In diesem Zeitraum

trat die Arbeitsgruppe mehrmals zusammen, um sich über erarbeitete Inhalte auszutauschen bzw. zu verständigen.

Am 23.12.2014 wurden die Arbeitsergebnisse der beiden Literaturgruppen dahingehend zusammengeführt, dass sich bei einem gemeinsamen Treffen auf insgesamt fünf zu überprüfende Hypothesen verständigt wurde. An demselben Termin wurden bereits mögliche, für einen Fragebogen zu verwendende, Formulierungen bzw. Fragestellungen zusammengetragen.

Diese umfangreichen Arbeitsergebnisse wurden auf der Plenumssitzung am 09.01.2015 der kompletten Studiengruppe vorgestellt. Dabei wurden die Hypothesen und Fragen für den Fragebogen im Plenum nicht nur besprochen bzw. diskutiert, sondern auch teilweise angepasst. Nach Abschluss dieses Prozesses wurden die Ergebnisse in der gesamten Studiengruppe abgestimmt. So war es möglich, durch die Arbeitsgruppe „Literatur 2“, die fortan als „Fragebogengruppe“ bezeichnet wurde, noch am selben Tag die endgültige Reihenfolge für die Formulierungen sowie die Fragen und Antwortmöglichkeiten festzulegen. In der darauffolgenden Kalenderwoche erstellten zwei Kommilitonen dieser Arbeitsgruppe das Layout des Fragebogens und stellten diesen für letzte Änderungsvorschläge der Gruppe zur Verfügung. So konnte die gesamte Studiengruppe noch einmal über das Endergebnis diskutieren und es letztendlich – mit kleinen Änderungen – verabschieden.

Der finale Fragebogen wurde in einem letzten Schritt der Leitung des Departments Public Management, Frau Prof. Dr. Birgit Menzel, vorgelegt, um Formulierungen und Fragestellungen auf Plausibilität prüfen zu lassen. Diese befand den Fragebogen für geeignet. Im Anschluss an eine von ihr geleitete SPSS-Schulung hatten sich die Studierenden nun die Fertigkeiten angeeignet, den Fragebogen in ein SPSS-Programm einzupflegen, damit im Anschluss an die Befragung eine Auswertung vorgenommen werden konnte. Außerdem hielt die Lenkungsgruppe Rücksprache mit Herrn Rudolf, um auch die Meinung des Auftraggebers zu der inhaltlichen und äußeren Gestaltung des Fragebogens zu erfahren. Dieser war, von kleinen Änderungsvorschlägen abgesehen, ebenfalls mit dem Ergebnis des Fragebogens zufrieden.

4.1.2 Aktueller Forschungsstand und Hypothesen der Erhebung

Die Literaturgruppe 1 stellte fest, dass keine Homogenität innerhalb der Gruppe der Nichtwähler und somit auch nicht in der Gruppe der jugendlichen

Nichtwähler besteht.¹⁵ Im Laufe der empirischen Studien zu Nichtwählern haben sich aus diesem Grund verschiedene Nichtwählertypen herausgebildet, deren Bezeichnungen je nach Autor und deren gewähltem Untersuchungskriterium variieren. So basieren die Typologien von Eilfort (1991) und Hoffmann-Jaberg/Roth (1994) auf dem Kriterium der Häufigkeit der Wahlenthaltung und der Ursache für die Wahlabstinenz. Sie unterscheiden zwischen Nichtwählern, die aus technischen Gründen nicht wählen dürfen, sowie grundsätzlichen und konjunkturellen Nichtwählern, die nur an bestimmten Wahlen teilnehmen. Bei den grundsätzlichen Nichtwählern ist ein niedriges politisches Interesse, eine schwache soziale Integration sowie ein niedriger Bildungsstand festzustellen.¹⁶ Feist (1994) hingegen beschreibt anhand seiner Nichtwählertypen die Vielschichtigkeit der Motivlage und stellt sieben Nichtwählertypen auf. Bennett/Resnick untersuchen die Gefahr, die von den verschiedenen Nichtwählertypen auf die Demokratie ausgeht.¹⁷ Bezogen auf jugendliche Wahlberechtigte hat sich in empirischen Studien herausgestellt, dass es Unterschiede zwischen minderjährigen und volljährigen Nichtwählern sowie Schülern und Erwerbstätigen gibt. Die Wahlbeteiligung der minderjährigen Erstwähler ist höher als die der volljährigen Erstwähler.¹⁸ Erwerbstätige Jugendliche sind deutlich skeptischer und distanzierter gegenüber Politik eingestellt als Schüler. Schüler haben einen höheren Informationsstand und im Vergleich zu den erwerbstätigen Erstwählern eine geringere Nähe zu autoritären, islam- und zuwanderungsfeindlichen Aussagen. Als Grund dafür wird die Funktion der Schule als Informationsvermittler genannt.¹⁹ Der mikrosoziologische Erklärungsansatz der Columbia School geht zudem davon aus, dass das Wahlverhalten umso stabiler ist, je fester die individuelle Gruppenbindung.²⁰

Die Arbeitsgruppe beschloss sich auf die Menschen zu konzentrieren, die aus unterschiedlichen Gründen des Protestes oder der eigenen Entpolitisierung/ Politik(er)verdrossenheit das Votum verweigern. Dies führte unter Verarbeitung der aufgeführten Studien zu den zu verifizierenden bzw. falsifizierenden Hypothesen. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten der Studiengruppe, musste sich auf die fünf folgenden Hypothesen beschränkt werden.

¹⁵ Vgl. Eilfort, 2009 S. 4; Perlot/ Zandonella, 2009, S. 442.

¹⁶ Vgl. Kleinhenz, 1995, S. 204.

¹⁷ Vgl. De Neve, 2011, S. 32.

¹⁸ Vgl. Schloßbauer, 2012, S.5.

¹⁹ Vgl. Perlot/ Zandonella, 2009, S. 442.

²⁰ Vgl. ebd., S. 428.

1. Je bildungsferner der Haushalt, desto geringer die Wahlbeteiligung.

Die Bildungsferne des Haushaltes wird im Großteil der Literatur als wesentlicher Indikator genannt. Hier werden von der Studiengruppe aber Zweifel an der Verlässlichkeit der oftmals in diesem Zusammenhang verwendeten Fragestellung gehegt (z.B. "Wie viele Bücher befinden sich in Ihrem Haushalt?"). Zu selten wird das familiäre Umfeld genau durchleuchtet, sowie die Verfügbarkeit von Informationen über Fernsehen und Internet untersucht. Daher wird dies bezogen auf Hamburg abgeprüft.²¹

2. Wenn die eigene Peergroup unpolitisch ist, dann wirkt sich dies negativ auf die Wahlbeteiligung aus.

Besonders Jugendliche seien abhängig vom Grad des Politikinteresses ihres Freundeskreises.²² Hierzu wird eine Hypothese aufgestellt, die klären soll, inwieweit das Verhalten, nicht zur Wahl zu gehen, bei Jugendlichen fremdbestimmt ist.

3. Je größer die Politikverdrossenheit des Einzelnen, desto geringer die Wahlbeteiligung.

Als häufigstes Ergebnis, warum Jugendliche nicht zur Wahl gehen, bilden die Studien einhellig den Protest bzw. die bewusste Verdrossenheit gegen die Politik und Politiker im Allgemeinen ab. Die Frage ist, ob dies in Hamburg ähnlich ist. An dieser Stelle bestätigt sich auch die von der Studiengruppe getätigte Auswahl bezüglich Altersspanne und Tätigkeit der Befragten. Reine Erstwähler, die sich noch im Schulsystem befinden, sind seltener Nichtwähler als außerschulische Jugendliche.²³

4. Junge Männer sind seltener Nichtwähler als junge Frauen.

Über alle Altersklassen hinweg gehen Frauen häufiger nicht zur Wahl. Die Studiengruppe möchte daher ergründen, woran dies liegt, sollten sich die diesbezüglichen Aussagen der bisher dargestellten Studien und die Analyse des Statistikamts Nord zur Bürgerschaftswahl 2015 in der durchgeführten Befragung bestätigen.²⁴

²¹ Vgl. Neu, 2012, S. 45 ff.; Petersen, Hierlemann u.a., 2013, S.43 ff.; Güllner, 2013, S. 37 ff.

²² Vgl. Neu, 2012, S. 45 ff.; Petersen, Hierlemann u.a., 2013, S.43 ff.; Güllner, 2013, S. 37 ff.

²³ Vgl. Perlot/Zandonella, 2009, S. 436 ff.

²⁴ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Wahlanalyse zur Bürgerschaftswahl, 2015, S. 4 f.

5. Je geringer die Nutzung der öffentlich-rechtlichen Medien zur Informationsgewinnung, desto geringer die Wahlbeteiligung.

Einen etwas herausgestellten Platz erhält die Hypothese, dass der Konsum öffentlich-rechtlicher Medien zur Wahlmotivation mehr beiträgt als die Beschäftigung mit privaten Sendern. Diese Annahme beruht hauptsächlich auf den Ergebnissen einer Studie von Forsa im Auftrag der Pro7Sat1-Mediagroup. Demnach wird das Politikinteresse durch öffentlich-rechtliche Sender eher gefördert und die Wahlverweigerung als Protest ist im Gegenzug eher bei Konsumenten privater Sender zu finden.²⁵

4.1.3 Methodik der Erhebung

Es wurde der schriftliche Fragebogen genutzt, um die Daten für die Überprüfung der aufgestellten Hypothesen zu gewinnen. Da das Projekt das Wahlverhalten der 16- bis 21-Jährigen untersucht, bilden alle wahlberechtigten Hamburger Bürger dieser Altersstruktur die Grundgesamtheit. Eine Repräsentativität der Untersuchung wurde von der Projektgruppe nicht als Ziel des Vorhabens definiert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die für eine repräsentative Befragung benötigte Anzahl an ausgefüllten Fragebögen grundsätzlich nicht zu erreichen wäre. Gleichzeitig waren die Projektgruppenmitglieder auf die Kooperation der Schulen und sonstigen Institutionen angewiesen. Somit bestand nicht für jeden, der zur Grundgesamtheit gehörenden Personen die gleiche Wahrscheinlichkeit befragt zu werden. Die Einzelheiten zur Stichprobe (Zeitraum der Befragung, Befragungsorte, Umfang etc.) werden im Kapitel zur Durchführung der Befragung dargestellt.

Ein Pretest der Endfassung des Fragebogens konnte vereinzelt auf Eigeninitiative mancher Studierenden durchgeführt werden. Von der Projektgruppe war es geplant, den Fragebogen in Ausbildungsklassen der Allgemeinen Verwaltung (mittlerer Dienst) im Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) auf dessen Eignung zu testen. Letztendlich konnte dieses Vorhaben nicht realisiert werden, da eine Kooperation mit dem ZAF nicht möglich war und die Zeit für weitere Testläufe fehlte.

Der Fragebogen setzt sich aus den Themengebieten schulische Bildung der Befragten und deren Eltern, Wahlverhalten der Befragten und deren soziales Umfeld, Gründe für das Nichtwählen, die Einstellungen zur Politik, die Bedeutung und Aktivitäten des Freundeskreises sowie der Mediennutzung zur

²⁵ Vgl. Güllner, 2013, S. 24.

Informationsgewinnung zusammen. Zusätzlich enthält der Fragebogen einige soziodemografische Fragen (z.B. zu Alter, Geschlecht, Wohnort).

Insgesamt umfasst der Fragebogen 20 Items (Fragen), die eine Beantwortung erfordern. Als Bearbeitungsdauer wurden fünf bis zehn Minuten angesetzt, um Konzentrationsverluste bei den Teilnehmern der Befragung zu vermeiden. Um den Auswertungsaufwand dem möglichen Arbeitsvolumen der Projektgruppe anzupassen, wurde lediglich eine offene Frage bezüglich weiterer Gründe für das Nichtwählen gestellt. Grundsätzlich wurden zu jeder Frage verschiedene Antwortkategorien vorgegeben. In den Fällen der Fragen 3), 5b), 7), 8a), 8b), 8c) und 8d) musste vom Teilnehmer der Befragung eine Abwägung zu einer Aussage vorgenommen werden („Ja“ – „Eher ja“ – „Eher nein“ – „Nein“). Bei der Fragenformulierung musste die Arbeitsgruppe darauf achten, dass ein Ausfüllen des Fragebogens sowohl für Wähler als auch Nichtwähler problemlos möglich ist. Es sollte für die Teilnehmer der Befragung nicht erkennbar sein, dass die Antworten der Nichtwähler im Vordergrund der Erhebung stehen.

Zu jeder der Hypothesen wurden abhängig von deren inhaltlichem Umfang, Fragen gebildet, die deren Wahrheitsgehalt untersuchen sollen und dementsprechend alle in der Auswertung berücksichtigt werden. Alle Hypothesen sind auf die Wahlbeteiligung bezogen und erfordern somit die Ergebnisse der Frage hinsichtlich des Wahlverhaltens der befragten Personen (Frage 5c).

Hypothese 1 befasst sich mit der Aussage, dass die Bildungsferne eines Haushalts zu einer geringeren Wahlbeteiligung führe. Geeignete Fragen, um diese zu überprüfen, sind die Abfrage des Berufstandes des Befragten (Frage 1) sowie der schulischen Bildung (Frage 2). Die Bildungsferne des Haushalts sollte zusätzlich mit Fragen zu den Bildungsabschlüssen der Eltern (Frage 4) und zu deren Bereitschaft, die schulischen Leistungen des Kindes zu fördern (Frage 3), bestimmt werden. Neben dem Wahlverhalten des Befragten (Frage 5c) wurde auch das der Eltern (Frage 5a) abgefragt. Ob sich der Befragungsteilnehmer mit der Bürgerschaftswahl auseinandergesetzt hat (Frage 5b), spielt bei der Auswertung dieser Hypothese ebenfalls eine Rolle.

Für die zweite Hypothese bezüglich der Fremdbestimmung des Wahlverhaltens des Einzelnen sind folgende Fragen entscheidend. Zum einen sind Informationen relevant, ob die Freunde wählen waren (Frage 5d) und Politik im Freundeskreis thematisiert wird (Frage 8b). Um das Politikinteresse im sozialen Umfeld weitergehend zu überprüfen, wurden die Freizeitaktivitäten des

Befragten und dessen Freundeskreises abgefragt (Frage 9). Zum anderen enthält der Fragebogen eine Frage, die direkt den Einfluss des Wahlverhaltens der Freunde auf das eigene abfragt (Frage 8d). Um die Abhängigkeit von den Freunden zu ermitteln wurde zudem gefragt, wie wichtig es sei, was die Freunde von der befragten Person denken (Frage 8c).

Die dritte Hypothese soll untersuchen, inwiefern sich die Politikverdrossenheit des Einzelnen auf dessen Wahlbeteiligung auswirkt. In diesem Zusammenhang war es sinnvoll, das generelle politische Interesse des Befragten zu ermitteln (Frage 8a). Zusätzlich spielen die Motive der Nichtwähler eine Rolle bei der Auswertung (Frage 6). Die Ergebnisse der Frage, ob das derzeitige politische System geeignet sei, die aktuellen Probleme zu lösen, dienen der Auswertung der dritten Hypothese.

Für die vierte Hypothese, ob Männer häufiger Nichtwähler seien als Frauen, sind die Fragen nach Geschlecht (Frage 13) sowie nach dem Wahlverhalten wichtig.

Die fünfte Hypothese setzt sich damit auseinander, inwiefern die Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien zur Informationsgewinnung sich auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Daher sind die Fragen 11 und 12 für deren Überprüfung notwendig. In diesen wird gezielt nach den Fernseh- (Frage 11) und Radiosendern (Frage 12) gefragt, die genutzt werden, um Informationen zu beziehen. Hier wurden den Befragten jeweils zehn mögliche Antworten vorgegeben. Mehrfachnennungen waren möglich.

4.2 Organisation der Befragung

Im folgenden Abschnitt wird die Organisation der Befragung thematisiert. Dabei wird vor allem auf die Festlegung des Befragungsgebiets, die Einteilung der Studierenden auf die Schulen, an welchen die Befragung durchgeführt wurde, und auf Probleme, welche sich während der Organisation ergaben, eingegangen.

4.2.1 Festlegung des Befragungsgebietes

Da ausschließlich die 14 Studierenden für die Durchführung der Befragung zur Verfügung standen, wurde das Befragungsgebiet bewusst eingegrenzt. Innerhalb der Projektgruppe und in Absprache mit dem Auftraggeber bestand der Konsens, die Befragung auf zwei Stadtteile Hamburgs zu begrenzen. Zunächst erschien es sinnvoll, zwei gegensätzliche Stadtteile auszuwählen, um möglichst unterschiedliche Motive jugendlicher Nichtwähler zu erhalten. Die

Studiengruppe entschied sich dazu, die Befragung in einem gut und einem schlecht situierten Stadtteil durchzuführen. Aufgabe der Stadtteilgruppe war es, diese zwei Stadtteile bis zum 23.12.2014 herauszusuchen.

Innerhalb der Untergruppe gab es unterschiedliche Auffassungen, was „gut“ und „schlecht situiert“ bedeutet. Während einige Gruppenmitglieder der Auffassung waren, „gut situiert“ bedeute, dass die Bevölkerung größtenteils wohlhabend ist und aufgrund dessen höhere Bildungsabschlüsse und ein höheres Einkommen hat, dachten andere Gruppenmitglieder an eine gut gelegene Wohngegend, gute Infrastruktur und eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Die Stadtteilgruppe einigte sich zunächst, „gut“ und „schlecht situiert“ anhand des Einkommens festzumachen. In diesem Zusammenhang sichteten die Mitglieder einzelne Statistiken in Bezug auf Wahlbeteiligung und Einkommen. Dabei fiel der Gruppe auf, dass daran unmittelbar folgende Hypothesenbildung gebunden war:

„In gut situierten Stadtteilen ist die Wahlbeteiligung hoch, in schlecht situierten gering.“

Die Stadtteilgruppe entschied sich daraufhin, die Stadtteile nicht nach den Kriterien „gut“ oder „schlecht situiert“ auszusuchen. Es gelang den Mitgliedern der Gruppe neutrale Kriterien auszuwählen, um die Befragung nicht von vornherein in eine bestimmte Richtung zu drängen. Die Wahl fiel auf folgende Kriterien:

- **Anteil an U18-Jährigen in der Bevölkerung des Stadtteils**

Dieses Kriterium diente dazu, einen Stadtteil mit möglichst hoher Anzahl an Jugendlichen zu finden, da diese der Zielgruppe entsprechen.

- **Anzahl der Schulen**

Dieses Kriterium war entscheidend, da die Zielgruppe hauptsächlich in hoher Anzahl in Schulen zu erreichen ist (Sonder- und Privatschulen ausgenommen).

- **Wahlbeteiligung**

Die Wahlbeteiligung sollte in dem Stadtteil möglichst niedrig sein, um so viele Nichtwähler zu erreichen.

Anhand dieser Kriterien analysierten die Mitglieder der Stadtteilgruppe die Bezirke Hamburgs. Die Analyse sollte auf einer einheitlichen Grundlage stattfinden. Die Stadtteilgruppe einigte sich darauf, die Wahlbeteiligung in den

Stadtteilen der jeweiligen Bezirke anhand der Wahlergebnisse der Bezirksversammlungswahl 2014 und den Anteil der U18-Jährigen anhand der Stadtteilprofile 2014²⁶ zu vergleichen.

Bei der Analyse fiel auf, dass das Kriterium „Anteil an U18-Jährigen in der Bevölkerung des Stadtteils“ nicht losgelöst von dem Kriterium „Wahlbeteiligung“ betrachtet werden kann. Dies ist auf das Projektthema „Motive jugendlicher Nichtwähler“ zurückzuführen. Betrachtet man den Anteil der U18-Jährigen an der Bevölkerung, so wäre der Stadtteil, welcher die Zielgruppe in Bezug auf das Alter am besten abbildet, herausgefunden worden. Die Befragung hätte demnach in Duvenstedt (23,2 %) ²⁷ und in Wohldorf-Ohlstedt (21,3 %) ²⁸ stattfinden müssen. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,7 % ²⁹ in Duvenstedt und 61,3 % ³⁰ in Wohldorf-Ohlstedt. Somit hätte die Gruppe zwar die Zielgruppe in Bezug auf das Alter erreicht, jedoch nicht in Bezug auf die Nichtwählerschaft. Es war notwendig die Wahlbeteiligung mit einzubeziehen. Des Weiteren gibt es in Duvenstedt keine und in Wohldorf-Ohlstedt lediglich eine Schule. Ziel war es einen Stadtteil mit möglichst hohem Anteil an U18-Jährigen, niedriger Wahlbeteiligung und vielen Schulen zu finden.

Die Gruppe wählte anhand der gegebenen Kriterien die Stadtteile Billstedt und Rahlstedt aus. In Billstedt gingen 25,5 % ³¹ der wahlberechtigten Personen zur Wahl. In Rahlstedt lag die Wahlbeteiligung bei 39,6 % ³². Während in Billstedt 19,3 % ³³ der Bevölkerung unter 18 Jahren sind, sind es in Rahlstedt 17,0 % ³⁴. Ein weiteres Kriterium ist die Anzahl der Schulen. In Billstedt gibt es vier staatliche Schulen und in Rahlstedt sechs, sowie eine Sonderschule. ³⁵ Zusätzlich wurde ein Ersatzstadtteil gewählt, um auf mögliche unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können. Als Ersatzstadtteil entschied sich die Stadtteilgruppe für Wilhelmsburg. Dort lag die Wahlbeteiligung bei 27,2 % ³⁶. Der Anteil der U18-Jährigen an der

²⁶ Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Hamburger Stadtteil-Profile 2014, S. 159.

²⁷ Ebd., S.160.

²⁸ Ebd., S.162.

²⁹ Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai 2014, S.14.

³⁰ Ebd., S.14.

³¹ Ebd., S.13.

³² Ebd., S.14.

³³ Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Hamburger Stadtteil-Profile 2014, S.40.

³⁴ Ebd., S.168.

³⁵ Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburgs weiterführende Schulen (Hrsg.), Website.

³⁶ Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai 2014, S.13.

Gesamtbevölkerung Wilhelmsburgs beträgt 20,9 %.³⁷ Wilhelmsburg hat wie Billstedt vier Schulen.³⁸ Dass Wilhelmsburg nur als Ersatzstadtteil fungiert, ist der Analyse beizumessen, welche anhand der oben vorgegeben Rangfolge erfolgte.

Die Stadtteilgruppe gab am 09.01.2015 die auserwählten Stadtteile Billstedt und Rahlstedt bekannt und begründete ihre Entscheidung anhand der ausgewählten Kriterien. Die Stadtteilgruppe wurde daraufhin kritisiert, da sie die restlichen Studiengruppenmitglieder nicht über das Ausklammern der Kriterien „gut situiert“ und „schlecht situiert“ informiert hatte. Diese Kriterien wurden als äußerst wichtig erachtet und zudem orientierten sich alle weiteren Arbeitsgruppen in den parallel laufenden Ausarbeitungen anhand dieser Kriterien.

In einer Anmerkung des Projektbetreuers wurde ersichtlich, dass Billstedt und Rahlstedt hinsichtlich der Wohnsituation zweigeteilt sind. Beide Stadtteile sind sowohl durch Plattenbauten als auch durch Einfamilienhäuser geprägt. Die Studiengruppe nahm daraufhin Einsicht in Statistiken über die soziale Struktur der beiden Stadtteile. Dabei achteten die Studierenden vor allem auf die Arbeitslosenquote und das Einkommen der Bevölkerung in Rahlstedt und Billstedt. Hierbei fiel auf, dass die beiden Stadtteile in ihrer sozialen Struktur unterschiedlicher sind, als erwartet. Somit wurden die ursprünglich vereinbarten Kriterien „gut situiert“ und „schlecht situiert“ bei der Wahl der Stadtteile, dennoch berücksichtigt. Die Projektgruppe stimmte daraufhin mehrheitlich der Stadtteilwahl zu.

4.2.2 Organisation und Durchführung der Befragung

Im Anschluss an die Auswahl der Stadtteile, wurden die Stakeholder ermittelt. Bei einem Stakeholder handelt es sich um eine Person oder eine Gruppe, welche ein Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projektes hat.³⁹ Die Stakeholder wurden ermittelt, um den Fragebogen und die Anschreiben an Schulen und Institutionen sowie die Durchführung der Befragung optimal auf diese abzustimmen. Stakeholder sind:

- Schüler
- Lehrer
- Schulleiter

³⁷ Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Hamburger Stadtteil-Profile 2014, S.48.

³⁸ Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburgs Weiterführende Schulen (Hrsg.), Website.

³⁹ Vgl. Eilmann/ Behrend u.a., in: Gessler, 2014, S. 71.

- Leiter sonstiger Institutionen.

In Bezug auf den Ablauf der Befragung entwickelte die Gruppe zwei mögliche Konzepte. Zum einen wäre es möglich gewesen, eine Art Wahllokal einzurichten und die Schüler klassenweise in diesem „Wahllokal“ die Fragebögen ausfüllen zu lassen. Zum anderen bestünde die Möglichkeit, zu zweit in die Klassenverbände hineinzugehen, die Fragebögen ausfüllen zu lassen und die ausgefüllten Fragebögen im Anschluss direkt mitzunehmen.

Um herauszufinden, welche Variante die passablere ist, nahm die Untergruppe Kontakt zu Herrn Dr. Schütz auf. Die Stadtteilgruppe erhoffte sich, Informationen zum Verhalten in der Gruppe, aus von Herrn Dr. Schütz empfohlener Literatur, entnehmen zu können. Ziel war es, herauszufinden, welche Umstände die Antworten der Schüler beeinflussen können, wie möglicherweise die Anwesenheit des Lehrers oder unmittelbares Nebeneinandersitzen und Sprechen während des Ausfüllens. Herr Dr. Schütz teilte mit, dass es keine explizite Literatur zum Verhalten in der Gruppe gibt, weshalb sich die Untergruppe noch einmal intensiv mit möglichen Vor- und Nachteilen beider Varianten beschäftigte.

Die Gruppe entschied sich, die Befragung im Klassenraum durchzuführen. Der Lehrer sollte nur eine beobachtende Rolle einnehmen, sodass sich die Schüler nicht dazu gezwungen fühlen, eine sozial erwünschte Antwort abzugeben. Die Befragung sollte während der Unterrichtszeit stattfinden. Zusätzlich sollten auch weitere Institutionen und Ausbildungsbetriebe in die Befragung mit einbezogen werden, um Personen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen zu erreichen. Die Stadtteilgruppe nahm unter anderem Kontakt zur Hamburger Sparkasse, Dachser Intelligent Logistics, Siemens und zur Aurubis AG auf.

Um einen Überblick über die Schulen in den Stadtteilen zu bekommen, erstellten die Mitglieder der Stadtteilgruppe eine Übersicht über diese sowie sonstige Institutionen inklusive der Kontaktdaten. Ein E-Mail Entwurf für die Kontaktaufnahme zu den sonstigen Institutionen und für die Kontaktaufnahme mit den Schulen ist realisiert worden. Die Entwürfe sind im Bearbeitungsmodus an die gesamte Projektgruppe verschickt worden. In einer darauffolgenden Plenumssitzung wurde beschlossen, dass die Befragung nicht in Billstedt, sondern in Wilhelmsburg durchgeführt werden sollte, da Wilhelmsburg zusätzlich eine Berufsschule besitzt, welche die Zielgruppe weitgehend abbildet.

In den ersten zwei Januarwochen wollte die Stadtteilgruppe den Kontakt zu den Schulleitern und den sonstigen Institutionen aufnehmen. Bevor die erfolgen konnte, benötigte die Studiengruppe die Genehmigung der Befragung durch die Schulbehörde. Daraufhin musste ein Antrag gestellt werden. Der Kontaktaufnahme seitens der Stadtteilgruppe geriet aufgrund dessen in Verzug. Parallel dazu holte die Gruppe Angebote für den Druck der Fragebögen ein.

Bevor die Befragung durchgeführt werden konnte, wurde die gesamte Projektgruppe vor ein unerwartetes Problem gestellt. Die zunächst zahlreich erhofften Rückmeldungen der Schulen blieben aus. Die Schulen in den ausgewählten Stadtteilen wurden von den Gruppenmitgliedern telefonisch kontaktiert, was nicht dazu beitragen konnte, dass sich mehr Schulen zur Teilnahme bereitklärten. Dies stellte ein großes Problem für das Projekt dar, welches aufgrund dessen, kurzzeitig zu scheitern drohte. Es war zu dem Zeitpunkt eine Woche bis zum geplanten Beginn der Befragung verblieben. In einer Notfallsitzung wurde beschlossen, die Befragung nicht mehr stadtteilbezogen durchzuführen, sondern diese auf ganz Hamburg auszuweiten. Die Ausweitung der Befragung gefährdete den Projektauftrag nicht, da dies keine Auswirkung auf das Ziel, „die Motive jugendlicher Nichtwähler“ herauszufinden, hatte.

Die Stadtteilgruppe wurde um zwei feste Mitglieder erweitert. Zusätzlich erhielt die Gruppe Unterstützung von zwei weiteren Mitgliedern der Projektgruppe. Innerhalb von zwei Tagen sind Kontaktlisten erstellt und die Schulen und Institutionen sowohl per E-Mail als auch telefonisch kontaktiert worden. An dieser Stelle ist das Engagement der Gruppenmitglieder hervorzuheben, da innerhalb weniger Tage ein komplettes Befragungskonzept in Bezug auf die Stadtteilmahl verworfen und neu ausgestaltet wurde. Dies erforderte viel Zeit und Nerven seitens der Studierenden und deren Ausbildern in der Einübungsphase II. Doch diese Anstrengungen haben sich gelohnt, denn insgesamt erklärten sich 20 Schulen und sonstige Institutionen bereit, an der Befragung teilzunehmen.

Die Befragung konnte so wie geplant im Zeitraum vom 16.02.2015 bis zum 27.02.2015 stattfinden. Zwei Mitglieder der Stadtteilgruppe übernahmen die Einsatzplanung für den Besuch der Schulen. Dabei erstellten sie einen vorläufigen Plan, in welchem jedes Projektgruppenmitglied seine Verfügbarkeit angeben musste. Anschließend koordinierten sie die Rückmeldungen der Schulen und teilten jeweils zwei bis drei Kommilitonen einer Schule zu, in welcher diese die Befragung durchzuführen hatten.



Abbildung 2: Befragungsorte; Schulen (rot) und Institutionen (schwarz)

5. Auswertung der Befragung

In diesem Kapitel werden die Erhebungsergebnisse zu den erarbeiteten fünf Hypothesen dargestellt (Kap. 5.2) sowie – in einem eigenen Unterkapitel (Kap. 5.3) – auf die der Motive mangelnder Wahlbeteiligung eingegangen. Zuerst sollen die Auswertungsvorbereitungen (Kap. 5.1) skizziert werden.

5.1 Vorbereitung der Auswertung

Die erste Plenumsitzung nach der Durchführung der Befragung fand am 15.04.2015 statt. In diesem Rahmen wurden das weitere Vorgehen bzw. anstehende Aufgaben besprochen aber auch schon gearbeitet. In einem ersten Schritt wurden die Fragebögen gemeinschaftlich durchnummeriert. Darüber hinaus erhielt jede beteiligte Schule bzw. jedes Unternehmen eine bestimmte Kennung zugeteilt, die zusätzlich zur Nummer entsprechend auf den Fragebögen notiert wurde. Damit wollte die Studiengruppe gewährleisten, dass eine spätere Auswertung im Statistik-Programm SPSS (Englisch für „Statistical Product and Service Solution“) auch schul- bzw. unternehmensspezifisch durchführbar wäre.

In einem zweiten Arbeitsschritt auf dieser Plenumsitzung wurden die Fragebögen, nachdem sich die Studiengruppe darüber verständigt hatte, in folgende Kategorien unterteilt:

- a) Wähler,
- b) Nichtwähler,
- c) Nicht wahlberechtigt und
- d) unsicher.

Die Einteilung ausgefüllter Fragebögen in die Kategorien a) oder b) erfolgte über die jeweilige Angabe bei Frage 5c. Die mangelnde Wahlberechtigung als Sortierkriterium für Kategorie c) ergab sich aufgrund des Alters, des Wohnorts oder entsprechender handschriftlicher Bemerkungen bei Frage 5c bzw. 6. Unter Kategorie c) wurden solche Fragebögen eingestuft, bei denen eine, mehrere oder gar alle Fragen nicht beantwortet wurden oder beantwortete Fragen seltsame missverständliche Antworten aufwiesen, die teilweise nicht zu der Frage passten.

Anschließend wurden im Rahmen der Verteilung neuer Arbeitsaufträge, auf dieser Plenumsitzung, zwei neue Arbeitsgruppen gebildet. Zum einen fand sich eine SPSS-Gruppe zusammen, die für die Eingabe der Fragebögen in SPSS sowie eine entsprechende Anpassung der zu diesem Zeitpunkt bereits erstellten SPSS-Datei zuständig sein sollten. Diese Untergruppe bestand aus insgesamt acht Personen. Vier davon waren bereits im Verlauf des dritten

Semesters durch Frau Prof. Dr. Menzel in SPSS eingewiesen worden. Diesen vier Experten wurde jeweils ein in SPSS bisher unerfahrener Partner zur Seite gestellt.

Die verbliebenen sechs Studiengruppenmitglieder sollten sich als eigene Arbeitsgruppe, der sogenannten Kriegergruppe, mit den Fragebögen der Kategorien c) und d) beschäftigen, um auszuloten, inwieweit diese für die Auswertung nutzbar seien.

Mit dem Auseinandergehen der Studiengruppe am 15.04.2015 starteten beide Untergruppen in die Arbeit. Der Kriegergruppe wurde als Deadline der 30.04.2015 gesetzt. Diese Deadline konnte ohne Probleme eingehalten werden.

Obwohl einem sofortigen Beginn der Eingaben in SPSS nichts entgegenstand, da die sicheren Fragebögen die deutliche Mehrheit darstellten, verzögerte sich der Start der Eingaben in SPSS aufgrund unerwarteter Anwendungsschwierigkeiten. Als Reaktion wurde in einem kurzfristig einberufenen Treffen am 28.04.2015 die SPSS-Gruppe abberufen und mit einfacher Mehrheit festgelegt, dass ab sofort jeder Studierende für die Eingabe von rund 100 Fragebögen bis zur Deadline 13.05.2015 verantwortlich sei. Nach einer SPSS-Kurzeinweisung für alle Studierenden der Studiengruppe im Rahmen dieser Plenumsitzung startete die Fragebogeneingabe effektiv. Die eingeleiteten drastischen Maßnahmen zeigten dahingehend Wirkung, dass am 08.05.2015 alle Fragebögen eingegeben waren.

Unmittelbar nach Eingabe sämtlicher Fragebögen in SPSS, kamen die Studierenden am 11.05.2015 zu einer Plenumsitzung zur Abstimmung des weiteren Vorgehens zusammen. Als Ergebnis dieses Treffens teilten sich die 14 Studierenden abermals in zwei Unter- bzw. Arbeitsgruppen auf. In einer Theoriegruppe sammelten sich sechs Studenten, die direkt in die Erstellung der Teile des Abschlussberichtes einsteigen sollten, die nichts mit der konkreten Auswertung zu tun hatten. Die verbliebenen acht Studenten organisierten sich in einer Praxisgruppe, deren Mitglieder für die statistische Auswertung der Erhebung und die Verschriftlichung entsprechender Ergebnisse verantwortlich waren. Aufgrund der Größe der Praxisgruppe bestimmten deren Mitglieder nach wenigen Tagen einen Gruppenleiter, der während der Auswertung die Arbeitsverteilung koordinierte und am Ende den maßgeblichen Teil der erstellten Texte redigierte. Man verständigte sich im Rahmen der Plenumsitzung darauf, dass die Theoriegruppe mindestens 40 Seiten und die

Praxisgruppe mindestens 30 Seiten reinen Textes für den Abschlussbericht abzufassen habe. Somit startete die Auswertung der studentischen Erhebung am 11.05.2015 nach Abschluss der Plenumsitzung. Für die Beendigung der Auswertung wurde Freitag, der 19.06.2015 als Deadline anvisiert. Bis zu diesem Datum sollten die kompletten erstellten Texte von Theorie- und Praxisgruppe bei der Lenkungsgruppe vorliegen.

5.1.1 Regeln und Kriterien für die Eingabe der Fragebögen

In einem Arbeitstreffen am 22.04.2015 beschäftigte sich die Kriteriengruppe mit den Fragebögen der Nichtwahlberechtigten und den unsicheren Fragebögen. Dabei wurden Regeln für den Umgang mit diesen Fragebögen erarbeitet und verbindlich für die gesamte Studiengruppe festgelegt. Im Folgenden werden die ausgearbeiteten Richtlinien bzw. Ergebnisse dieser Untergruppe kurz dargestellt und erläutert:

- Fragebögen von Personen, die nicht wahlberechtigt sind, gehen nicht in die Auswertung ein. Schließlich sind „echte“ Nichtwahlberechtigte, d. h. Personen, die trotz einer Wahlberechtigung nicht wählen gewesen sind, die Zielgruppe des Projektes. Deren Motive für ihre Nichtteilnahme an der Wahl möchte sich die Studiengruppe mit ihrer Erhebung annähern, da sich das Projekt mit den Motiven jugendlicher Nichtwähler beschäftigt. Das Motiv einer Person, die nicht wahlberechtigt ist, an der Wahl nicht teilzunehmen, ist automatisch gegeben und wird von der Gruppe dementsprechend nicht weiter untersucht. Mit diesem Vorgehen hält sich die Projektgruppe eng an dem Vorbild der Jakobkeit-Studie, bei der die Wahlberechtigung gleichsam essentielle Voraussetzung dafür war, dass Fragebögen in die Auswertung einfließen.
- Da mit dem Studienprojekt die Motive jugendlicher Erstwähler untersucht werden, gehen zudem Personen über 21 Jahren nicht in die Auswertung ein.

Insgesamt wurden 121 Fragebögen aufgrund der beiden vorgenannten Gründe aus der Auswertung herausgenommen.

- Sind bei einem Fragebogen einzelne Fragen oder der gesamte Bogen unbeantwortet geblieben, so geht dieser in die Auswertung ein. Dies ist möglich, da sich die Eingabe unbeantworteter Fragen in SPSS unproblematisch gestaltet. Diese werden mit der Zahl 99 für „keine Eingabe“ kodiert.
- Darüber hinaus erfolgt eine Eingabe des Zahlencodes 99, wenn bei einer Zustimmungs-Frage (Antwortmöglichkeiten zum Ankreuzen: Ja,

eher ja, eher nein) zwischen zwei Feldern Kreuze gesetzt worden sind, der Kommentar „Jein“ hinzugefügt worden ist. Dies gilt auch, wenn zwei oder mehrere Felder angekreuzt worden sind oder ein zusätzliches Feld manuell hinzufügt und dort das Kreuz gesetzt worden ist. Dies betrifft alle Fragen mit den o. g. Antwortmöglichkeiten sowie die Fragen nach Geschlecht und Alter.

- Es werden alle Antworten bei Frage 6 als ungültig gewertet, wenn mehr als drei Gründe für das Nichtwählen angekreuzt wurden. Dann werden alle Antwortmöglichkeiten mit als „keine Angabe“ bzw. 99 in SPSS eingeben. Schließlich hat die Studiengruppe vorgegeben, dass drei Gründe angekreuzt werden dürfen.
- Bei Mehrfachnennungen bezüglich des eigenen Bildungsabschlusses oder der der Eltern (Fragen 2 und 4) wird immer der jeweils höchste Bildungsabschluss in SPSS eingegeben.
- Ist beim eigenen Bildungsabschluss das Kreuz bei „Sonstiges“ gesetzt worden und handelt es sich dabei um eine logische Angabe, die einem der genannten Schulabschlüsse zugeordnet werden kann, wird der entsprechende Schulabschluss in SPSS eingetragen.
- Gleichsam werden logische Angaben unter „Sonstiges“ bei Frage 1 in der Auswertung berücksichtigt, wenn es sich um die einzige Antwort bei dieser Frage handelt. Wurde bei „Sonstiges“ zusätzlich zu einer der gegebenen Antwortmöglichkeiten eine Nebentätigkeit o. ä. angegeben, so wird diese bei der Auswertung nicht berücksichtigt, sondern nur die relevanten Merkmale.

Mit den Regeln konnten 259 Fragebögen gerettet werden, die von der Gruppe vorher als „unsicher“ eingestuft worden sind, aber schlussendlich in die Auswertung einfließen konnten. Zu fünf weiteren Fragebögen traf die Kriteriengruppe auf der Basis von Mehrheitsabstimmungen Einzelfallentscheidungen zur Wertung einzelner Antworten, die schwer zu deuten waren. Auch diese Fragebögen konnten durch das beschriebene Vorgehen der Auswertung zugeführt werden, sodass nach dem Treffen der Gruppe insgesamt unsichere 264 Fragebögen der Grundgesamtheit zugeführt werden konnten. Unter der genannten Grundgesamtheit sind sämtliche statistischen Einheiten (hier: Fragebögen) zu verstehen, über die eine Aussage getroffen werden soll.⁴⁰

⁴⁰ Vgl. Bortz, 2010, S. 79 f.

Den aussortierten 121 Fragebögen der Nichtwahlberechtigten mussten zwei Exemplare hinzugefügt werden, die aufgrund der gegebenen Antworten und Kommentierungen von der Kriteriengruppe als grob unlogisch eingestuft wurden. Insgesamt lag die Quote der ungültigen Fragebögen bei rund 8 %.

5.1.2 Arbeit mit SPSS

Im Rahmen der Bearbeitung ihres Arbeitspaketes war die Praxisgruppe auf die Hilfe von Frau Prof. Dr. Menzel angewiesen. Dies kam daher, weil für die Studierenden des Studienganges Public Management keine Ausbildung in SPSS vorgesehen ist. Zwar hatten vier Studierende im dritten Studiensemester eine Einweisung in das Programm erhalten, jedoch wurden die erworbenen Kenntnisse aufgrund von hohem Arbeitsaufkommen nicht vertieft und gingen verloren.

Letztendlich erarbeiteten sich im Verlaufe der aktiven Auswertungsphase (11.05. bis 19.06.2015) drei Angehörige der Praxisgruppe tiefer gehende Kenntnisse über die Dateneingabe hinaus und errechneten die statistischen Werte, auf die sich die komplette Praxisgruppe im Rahmen der Ausformulierung der Erhebungsergebnisse bezog. In einem ersten Arbeitsschritt der Praxisgruppe musste der SPSS-Datensatz nach der Fragebogeneingabe bereinigt werden. Leider war es im Rahmen der Eingabe der über 1.300 Fragebögen durch die einzelnen Studierenden (vgl. Kap. 5.1) zu Fehlern gekommen, die durch die Teile der Praxisgruppe korrigiert werden konnten. Beispielsweise wurde des Öfteren anstatt der Zahl 2 für die Antwort „Nein“ eine 22 eingegeben. Letztere Zahl hatte in der Auswertungsdatei keine entsprechende Codierung, weshalb sie als zusätzliche Angabe erschien. Fragebögen, die von diesem Eingabefehler betroffen waren, mussten von Hand rausgesucht werden, um die entsprechenden Eingaben zu korrigieren. Parallel zur Datenbereinigung fanden sich in einem eigenen Arbeitskreis drei andere Angehörige der Praxisgruppe zusammen, die auf der Basis des Programms Excel, die Antworten auf den offenen Teil der Frage 6 sichteten, sortierten und auswerteten (vgl. Kap. 5.3.4).

Mit dem Abschluss dieser beiden vorgeschalteten Auswertungsschritte konnte mit den statistischen SPSS-Berechnungen begonnen werden, wobei sich diese Arbeit als zeitaufwendig und in Teilen auch als schwierig erwies. So musste beispielsweise stets speziell gefiltert (für: Ausblendung ungeeigneter Datensätze) werden, um korrekte statistische Ergebnisse zu erhalten. Anders ließen sich die Kreuztabellen (vgl. Kap. 5.1.3) nicht verwenden. Darüber hinaus

bereitete die Auswertung der Frage 3 (mütterlicher bzw. väterlicher Bildungsabschluss) besondere Probleme. Bei dieser Frage wollte die Studiengruppe nur den höchsten Bildungsabschluss werten und war am Ende gezwungen, sehr aufwendig eine neue Variable zu codieren, damit dies auch gelang. Dementsprechend lagen erst am 31.05.2015 alle statistischen Berechnungen (ausschließlich Kreuztabellen) vor und die Ausformulierung der Erhebungsergebnisse, die von sämtlichen Mitgliedern der Praxisgruppe geleistet wurde, begann. Nichtsdestotrotz lagen die fertigen Texte, die am Ende die vorgesehene Mindestseitenanzahl weit überschritten, entsprechend der gesetzten Deadline am 19.06.2015 zeitgerecht bei der Lenkungsgruppe vor.

Im Großen und Ganzen bleibt festzuhalten, dass das Statistikprogramm SPSS die Arbeit der Hypothesenüberprüfung entscheidend erleichtert hat. Die insgesamt über 1.300 Fragebögen hätte die Studiengruppe in keinem Fall ohne Unterstützung der Software auswerten können. Leider stand das Programm an der HAW an zwei Festrechnern und an zwei Dozenten-Laptops zur Verfügung, sodass es einigen Abstimmungsaufwand bedurfte, die von der Gruppe gewünschten Eingaben und Berechnungen durchzuführen.

5.1.3 Verwendete statistische Berechnungen

Im Rahmen der Vorbereitung der Auswertung (vgl. Kap. 5.1) hat die Studiengruppe die Fragen in SPSS als Variablen codiert. Eine Variable hat mindestens zwei Ausprägungen. So stellt zum Beispiel bei der Frage nach dem Geschlecht das Geschlecht die Variable dar, die grundsätzlich die beiden Ausprägungen 1 für männlich und 2 für weiblich hat. Bei jeder der Variablen hat die Gruppe als zusätzliche Ausprägung 99 für keine Angabe, codiert. Mit dieser Hilfsvariablen werden alle Antworten aufgefangen, die nicht eindeutig sind, bei denen mehrere Kreuze gesetzt oder bei denen tatsächlich keine Angabe gemacht worden sind. Nach diesem Schema ist jede Frage in das Programm übertragen worden. Somit kann SPSS mit numerischen Variablen rechnen, was im Rahmen der Hypothesenüberprüfung eine Arbeitserleichterung darstellt, da die Variablen der jeweiligen Hypothese durch das Programm direkt überprüft werden. Überprüfen bedeutet in diesem Zusammenhang zum einen, dass SPSS die Signifikanz zwischen den zwei Variablen errechnet, sowie die Korrelation zwischen ihnen. Einem Tipp der Departmentleitung folgend, wurden die Zustimmungsfragen, welche die Antwortmöglichkeiten „Ja“, „Eher Ja“, „Eher Nein“ und „Nein“ haben, bei „eher nein“ als „nein“ und bei „eher ja“ als „ja“ gewertet. Somit finden auch die Antworten unsicherer Probanden Eingang in die Erhebungsergebnisse. Ein solches Vorgehen ist im Rahmen statistischer

Auswertungen gängige Praxis, nach der die Wahl eines Extrems (hier: „ja“ oder „nein“) bei Zustimmungsfragen gleichsam wie eine Tendenz gewertet wird.

Als ersten Auswertungsschritt hat die Studiengruppe mit SPSS die Häufigkeiten der einzelnen Variablen errechnet. Damit konnten alle getätigten Aussagen gezählt und beispielsweise errechnet werden, wie viele Wähler und Nichtwähler an der Umfrage teilgenommen haben. Bei den Häufigkeitsabfragen gab es keine Schwierigkeiten oder besondere Vorkommnisse.

Der Teil der Erhebungsauswertung, mit dem die Gruppe die Hypothesen auf ihre Gültigkeit hin abgeprüft hat, stützt sich auf sogenannte Kreuztabellen, die SPSS auf der Grundlage der manuellen Eingaben erstellt hat. In den Kreuztabellen werden zwei Variablen miteinander in Beziehung gesetzt. Wie in jeder Tabelle gibt es eine Spalte und eine Zeile. In die Spalte wird die unabhängige Variable eingetragen. Die Zeile enthält die von der Spaltenvariablen abhängige Variable. Da sich die Studiengruppe im Rahmen des Studienprojektes den Motiven mangelnder Wahlbeteiligung annähern will, wurde die Variable „Ich habe gewählt“ bei jeder Kreuztabelle, als die abhängige Variable definiert. Das bedeutet, dass das Wahlverhalten in diesen Fällen von der anderen Variable abhängig ist. Als Ergebnis dieser Kreuztabellen werden Prozentwerte ausgeworfen, die aber nur verwendet wurden, wenn sie statistisch signifikant gewesen sind.

Die Signifikanz wurde bei jeder Kreuztabelle mit einem angeschlossenen Chi-Quadrat-Test abgeprüft. Solche Tests untersuchen, ob aus solchen wie den unsrigen Stichprobenuntersuchungen geschlossen werden kann, dass zwischen zwei Variablen ein Zusammenhang besteht. Dabei gilt grundsätzlich die Annahme: Zwei Variablen sind voneinander unabhängig (Annahme der Nullhypothese), wenn die beobachteten Häufigkeiten mit den erwarteten Häufigkeiten übereinstimmen. Die Nullhypothese besagt, dass in der Grundgesamtheit kein Zusammenhang zwischen den Variablen vorliegt. Wenn die Nullhypothese verworfen wird, kann eine Alternativhypothese angenommen werden. Diese besagt, dass in der Grundgesamtheit ein Zusammenhang zwischen den Variablen vorliegt.

Bei dem Chi-Quadrat-Test werden durch SPSS stets drei verschiedene Modelle durchgerechnet: Pearson-Test, Likelihood-Test und Linear mit Linear. Bei der Auswertung haben die Angehörigen der Praxisgruppe ihre Aussagen aber lediglich auf die Signifikanz (die durch alle Modelle errechnet wird) abgestellt. Wenn der Wert für Signifikanz unter 0,050 (Konfidenzintervall von 95 %) liegt,

kann die Signifikanz konstatiert werden. Bei einem errechneten Wert von 0,000 sind die Werte der Kreuztabelle hochsignifikant. Die folgende Tabelle dient in diesem Zusammenhang der Veranschaulichung:

Irrtumswahrscheinlichkeit	Bedeutung
Über 0,05	Nicht signifikant
Über 0,01 bis 0,05	Signifikant
Über 0,001 bis 0,01	Sehr signifikant
Unter oder gleich 0,001	Höchst signifikant

Abbildung 3: Irrtumswahrscheinlichkeit und Signifikanz der Werte

Zusätzlich hat die Gruppe immer auch die Tabelle „Symmetrische Maße“ auswerfen lassen, die Auskünfte über Zusammenhänge (Korrelationen) zwischen einzelnen Items gibt. Hierbei wurde aufgrund des mangelnden SPSS-Anwenderwissens der erste Wert der Tabelle herangezogen. Korrelationswerte wurden im Rahmen der Auswertung wie folgt bewertet:

Zusammenhangsmaß	Interpretation
0	Kein Zusammenhang
Über 0 bis 0,2	Sehr schwacher Zusammenhang
Über 0,2 bis 0,4	Schwacher Zusammenhang
Über 0,4 bis 0,6	Mittlerer Zusammenhang
Über 0,6 bis 0,8	Starker Zusammenhang
Über 0,8 bis unter 1	Sehr starker Zusammenhang
1	Perfekter Zusammenhang

Abbildung 4: Zusammenhangsmaß und daraus folgende Interpretation

5.2 Auswertung der Hypothesen

Bevor auf die Auswertung der einzelnen fünf Hypothesen eingegangen wird, sollen allgemeine Daten zur Erhebung offengelegt werden, die auf reinen Häufigkeitsabfragen basieren. Insgesamt hat die Studiengruppe 1.336 Fragebögen in SPSS eingegeben. 61 % der befragten Personen haben angegeben, bei der Bürgerschaftswahl 2015 wählen gegangen zu sein. 37,9 % der Befragten sind Nichtwähler und bei 1,1 % der Fragebögen ist diese Frage unbeantwortet geblieben bzw. hat eine ungültige Antwort erhalten. Somit hat die Wahlbeteiligung der Nachwählerhebung die offizielle bzw. reale Wahlbeteiligung von 56,5 %⁴¹ um 4,5 Prozentpunkte überstiegen. Die Anzahl

⁴¹ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg, 2015, S.4.

der weiblichen Wahlberechtigten liegt mit 49,2 % fast genauso hoch wie die der Männer (48,1 %). An der Befragung haben 760 (56,9 %) 16- und 17-Jährige teilgenommen, die 2015 das erste Mal bei Bürgerschaftswahlen ihre Stimme abgegeben haben. Bei dieser Personengruppe hat sich gar eine Wahlbeteiligung von 68 % ergeben, die noch weit höher als bei der Gesamtheit der Befragten liegt und die real errechneten Werte des Statistikamts Nord gar um 15,9 Prozentpunkte übersteigt. Bei der Bürgerschaftswahl 2015 haben lediglich 52,1 % der 16- und 17-Jährigen ihr Wahlrecht genutzt.⁴²

Die Mehrheit der Befragten mit rund 90 % stellen Schüler, die restlichen 10 % verteilen sich auf 8,5 % Auszubildende, 1 % Studenten und ca. 0,5 % sonstige Angaben bzw. ungültige Antworten.

Die Befragung wurde an 13 verschiedenen Schulen in Hamburg durchgeführt, wo die Gruppe 87,5 % der Fragebögen erhalten hat. Des Weiteren konnten junge Beschäftigte von vier Unternehmen (6,1 %) und weiteren vier sonstigen Einrichtungen (6,4 %) befragt werden. Mit rund 20 % der ausgefüllten Fragebögen stellt die Otto-Hahn-Schule (Integrierte Gesamtschule) die Einrichtung mit den meisten Fragebögen dar, gefolgt vom Heisenberg-Gymnasium mit rund 10 %.

Die Wohnorte der Probanden verteilen sich über 89 Stadtteile Hamburgs. Niendorf und Rahlstedt stellen mit jeweils rund 110 Wahlberechtigten und somit rund 8,3 %, die häufigsten angegebenen Stadtteile dar. Auf dem dritten Platz folgt Jenfeld mit 6,1 %.

5.2.1 Auswirkungen von Bildung auf Wahlbeteiligung

Die erste Hypothese, die aufgestellt wurde, lautet „Je bildungsferner der Haushalt, desto geringer die Wahlbeteiligung“. Um diese Hypothese zu stützen bzw. zu widerlegen, hat die Gruppe insgesamt sechs Fragen in den Fragebogen einfließen lassen. Die Erhebungsergebnisse dazu, basierend auf SPSS-Kreuztabellen (vgl. Kap. 5.1.3), werden im Folgenden zusammen mit den damit verbundenen hergeleiteten Interpretationen im Einzelnen, d. h. Frage für Frage, vorgestellt.

5.2.1.1 Ausbildungsstatus

Die erste Frage, die in den Fragebogen eingebaut wurde, um Rückschlüsse zum Wahlverhalten im Sinne der o. g. Hypothese zu erlangen, ist gleich die

⁴² Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg, 2015, S.33.

erste Frage des Fragebogens gewesen, mit welcher der aktuelle Ausbildungsstatus (anzukreuzende Möglichkeiten a) SchülerIn, b) Auszubildende/r, c) StudentIn, Sonstiges → mit der Bitte um eine konkrete Angabe) der Probanden abgefragt wurde.

Der Anteil der Schüler und Auszubildenden, welche nicht gewählt haben, ist mit 38,9 % und 39,0 % nahezu identisch. Die Studenten hingegen heben sich mit einem Nichtwahlanteil von 15,4 % deutlich ab. Anhand dieser Daten ließe sich scheinbar grundsätzlich schließen, dass das Wahlverhalten vom Ausbildungsstand der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen beeinflusst wird: Je weiter bzw. höher die Jugendlichen in ihrer Ausbildungslaufbahn gekommen sind, desto eher tendieren sie dazu, wählen zu gehen. Die Tatsache, dass 84,6 % der befragten Studenten wählen gegangen sind, belegt dies aber nur scheinbar. Leider kann die dahinterstehende Kreuztabelle nicht als vollständig repräsentativ und damit aussagekräftig betrachtet werden, da der Anteil der Studenten mit lediglich 13 von 1.277 Angaben deutlich zu gering ist.

Zwischen dem mit repräsentativen Anzahlen vertretenen Ausbildungsstatus (SchülerInnen und Auszubildende) besteht beim Anteil Nichtwähler kein signifikanter Unterschied zum errechneten Mittel von 38,7 %. Diese Zahl verdeutlicht, dass der bei Studierenden deutlich geringere Nichtwähleranteil (15,4 %) aufgrund der kleinen Anzahl kaum ins Gewicht fällt. Der Chi-Quadrat-Wert nach Pearson liegt demzufolge lediglich bei 3,006 (asymptotische Signifikanz von 0,222 – keine Überschreitung des Konfidenzintervalls).

Als Ergebnis zur Auswertung dieser Frage bleibt festzuhalten, dass keine Auswirkungen des Ausbildungsstandes auf die Wahlbeteiligung festzustellen waren, obgleich nicht auszuschließen ist, dass dieser Ausbildungsstatus Auswirkungen auf das Wahlverhalten hat. Auch wenn Studenten scheinbar deutlich häufiger wählen gehen als die beiden vorgenannten Personenkreise, konnte dies aufgrund mangelnder Repräsentativität nicht ermittelt werden.

5.2.1.2 Angestrebter Bildungsabschluss

Als weitere Frage, in Verbindung mit der ersten Hypothese, wurde der angestrebte Bildungsabschluss abgefragt und die Erhebungsergebnisse mit dem Wahlverhalten in Form der „Standard-Kreuztabelle“ in Bezug gesetzt. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede, die zudem signifikant sind. Die einzelnen Vergleichsgruppen erreichen von der durchschnittlichen Nichtwählerquote (38,6 %) teilweise stark differierende Werte. So beträgt der Anteil der Nichtwähler bei angestrebtem Hochschulabschluss 29,1 %, Abitur 39,2 %, Realschulabschluss-

oder Hauptschulabschluss 48,7 %. Aus diesen klaren Differenzen zwischen den einzelnen Werten dürfen Rückschlüsse gezogen werden. Der Chi-Quadrat-Test weist als asymptotischen Signifikanzwert 0,010 aus. Es ist davon auszugehen, dass die vorliegenden Ergebnisse nicht zufällig sind. Der angestrebte Bildungsabschluss steht in einem Zusammenhang mit der Entscheidung wählen bzw. nicht wählen zu gehen. Folglich gilt als Fazit: Je höher die Ziele in Bezug auf den Bildungsabschluss gesetzt werden, desto eher gehen die Jugendlichen wählen.

Der Praxisgruppe ist bewusst, dass es sich hier um den angestrebten Bildungsabschluss handelt. Die Angaben bei dieser Frage sagen nichts über die tatsächliche Intelligenz und die realen Möglichkeiten des jeweiligen Jugendlichen aus. Allerdings schätzen sich die Probanden bei der Beantwortung dieser Frage selbst ein, was jeder für sich auch am besten kann. Folglich werden die Angaben zu dieser Frage auf jeden Fall als aussagekräftig bewertet – in dem Sinne, dass sie als die Erwartungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen verstanden werden – auch wenn nicht bekannt ist, inwieweit diese Antworten später realisiert werden. Allerdings stehen viele der befragten Jugendlichen kurz vor ihrem Abitur, sodass die Probanden, die diesen Berufsabschluss angegeben haben ihn mit großer Wahrscheinlichkeit auch bald erreichen werden.

Die Gruppe hält es im Ergebnis für bedenklich, dass genau die Jugendlichen, die aufgrund ihres angestrebten Bildungsabschlusses die schlechtesten (beruflichen) Perspektiven haben, am ehesten nicht wählen gehen. Es wäre wünschenswert, dass gerade dieser Personenkreis wählen geht, um seine Zukunft eventuell positiv durch die Stimmabgabe zu beeinflussen. Leider erbrachte die Erhebung ein genau gegenteiliges Ergebnis. So ist der Anteil der Nichtwähler, welche einen Real- oder Hauptschulabschluss anstreben, über 20 % höher als bei Jugendlichen, welche einen Hochschulabschluss anstreben. Als Erklärungsansatz wird angeführt, dass diese Personen vielleicht im jugendlichen Alter die Hoffnung dahin gehend aufgegeben haben, dass durch Wahlen etwas positiv zu verändern wäre. Generell lässt sich festhalten, dass die Erhebungsergebnisse zu dieser Frage die erste Hypothese stützen.

5.2.1.3 Elterliche Unterstützung

Die dritte Frage aus dem Fragebogen, welche zur Unterstützung der ersten Hypothese herangezogen wurde, beschäftigt sich mit der elterlichen Unterstützung. Im Ergebnis gehen Jugendliche, die von ihren Eltern

Unterstützung bei den Klausurvorbereitungen/ den Hausaufgaben erhalten, mit 66,9 % deutlich häufiger wählen. Bei den Jugendlichen, die keine elterliche Unterstützung erhalten, ist die Wahlbeteiligung mit 54,1 % unterdurchschnittlich. Die SPSS-Berechnungen haben einen beachtlichen Wert von 21,622 für das Chi-Quadrat nach Pearson ergeben. Dementsprechend kann hier die Nullhypothese nicht angenommen werden. Es liegt vielmehr ein höchst signifikanter Zusammenhang vor, was der asymptotische Signifikanzwert von 0,000 ausdrückt.

Das vorliegende Ergebnis ist, dass Jugendliche eher wählen gehen, wenn sie von ihren Eltern bei Schule/Ausbildung/Studium gefördert werden. Somit ist die Förderung der Jugendlichen durch die Eltern dem Wahlverhalten zuträglich und grundsätzlich empfehlenswert. Zu dieser Feststellung bleibt zu ergänzen, dass die Studiengruppe die Meinung vertritt, dass Eltern, die selbst einen höheren Bildungsgrad (ab Abitur) erlangt haben, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten wohl auch eher an ihre Kinder weitergeben und sich der hohen Bedeutung einer intensiven Erziehung und Zeitinvestition am ehesten bewusst sind. In diese Richtung weisen auch die Erhebungsergebnisse, die im Folgekapitel dargestellt werden.

5.2.1.4 Bildungsabschluss der Eltern

Die nächste Frage des Fragebogens, welche zur Prüfung der ersten Hypothese entwickelt wurde, stellt auf den Bildungsabschluss der Eltern ab. Hierbei wird der höchste Bildungsabschluss im (Eltern-)Haus betrachtet, sprich, es ist nur eines der beiden Elternteile entscheidend.

Bei dieser Kreuztabelle sind klare Tendenzen erkennbar. Nur 23,8 % der Jugendlichen, deren höchster elterlicher Bildungsabschluss ein Hochschulabschluss ist, gehen nicht wählen. Der Anteil der Nichtwähler nimmt mit sinkendem Abschluss der Eltern zu: Wenn das Abitur als höchster elterlicher Abschluss angegeben worden ist, liegt der Anteil der Nichtwähler bei 30,4 %, beim Realschulabschluss bei 43,9 % und beim Hauptschulabschluss schon bei 71,1 %. Wenn beide Eltern keinen Abschluss haben, gaben 78,6 % der Jugendlichen an, nicht wählen zu gehen. Zu den Werten bei Hauptschule und kein Abschluss ist jedoch noch hinzuzufügen, dass diese beiden Kategorien lediglich 59 von 1.321 Angaben ausmachen und somit im Vergleich zu den anderen Kategorien eher wenig Aussagekraft besitzen.

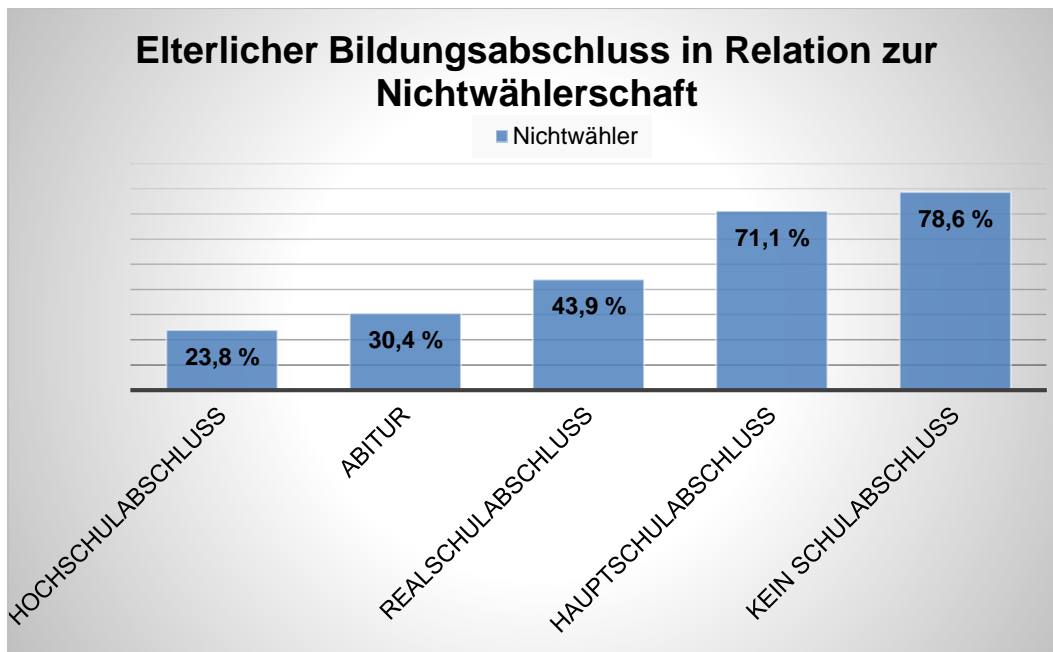


Abbildung 5: Elterlicher Bildungsabschluss in Relation zur Nichtwählerschaft

Nichtsdestotrotz wirft hier der Chi-Quadrat-Test den Wert von 126,498 bei einer gleichzeitigen asymptotischen Signifikanz von 0,000 aus, was einen evidenten Zusammenhang beweist. Der Ausbildungs- bzw. generelle Bildungsstand der Eltern beeinflusst stark das Wahlverhalten der Jugendlichen. Kinder, deren Eltern einen hohen Bildungsabschluss erreicht haben, gehen deutlich häufiger Wählen. Die Studiengruppe glaubt, dass dies daran liegt, dass sich diese Eltern oftmals im Gespräch mit ihren Kindern über Demokratie, Politik und andere gesellschaftliche Themen austauschen, was zur Folge hat, dass diese Jugendlichen bei derlei Themen Anregungen erhalten, die sie zu späteren Wählern werden lässt. Somit verdeutlichen die Erhebungsergebnisse an dieser Stelle auch den Einfluss von Erziehung auf späteres Wahlverhalten.

5.2.1.5 Wahlverhalten der Eltern

Die vorletzte Frage im Fragebogen, welche der Auswertung der ersten Hypothese dient, beschäftigt sich mit dem Wahlverhalten der Eltern. In der dazugehörigen Kreuztabelle werden die deutlichsten Zusammenhänge der kompletten Erhebung sichtbar. Während Jugendliche, deren Eltern gewählt haben, zu 80,6 % ebenfalls wählen gegangen sind, waren 83,9 % der Kinder nicht-wählender Eltern gleichsam nicht wählen. Zudem sind 89,9 % der Jugendlichen, welche nicht wussten, ob ihre Eltern gewählt haben, auch selbst nicht wählen gegangen. Der angehängte Chi-Quadrat-Test-Wert hat den Wert von 498,893 bei einer asymptotischen Signifikanz von 0,000 ergeben. Somit sind die Werte dieser Kreuztabelle über alle Maße aussagekräftig und

aufschlussfähig. Hier kann zudem auf den Korrelationswert nach Spearman von 0,612 verwiesen werden, der in dieser Höhe nur im Zusammenhang mit diesem Item nachgewiesen werden konnte.

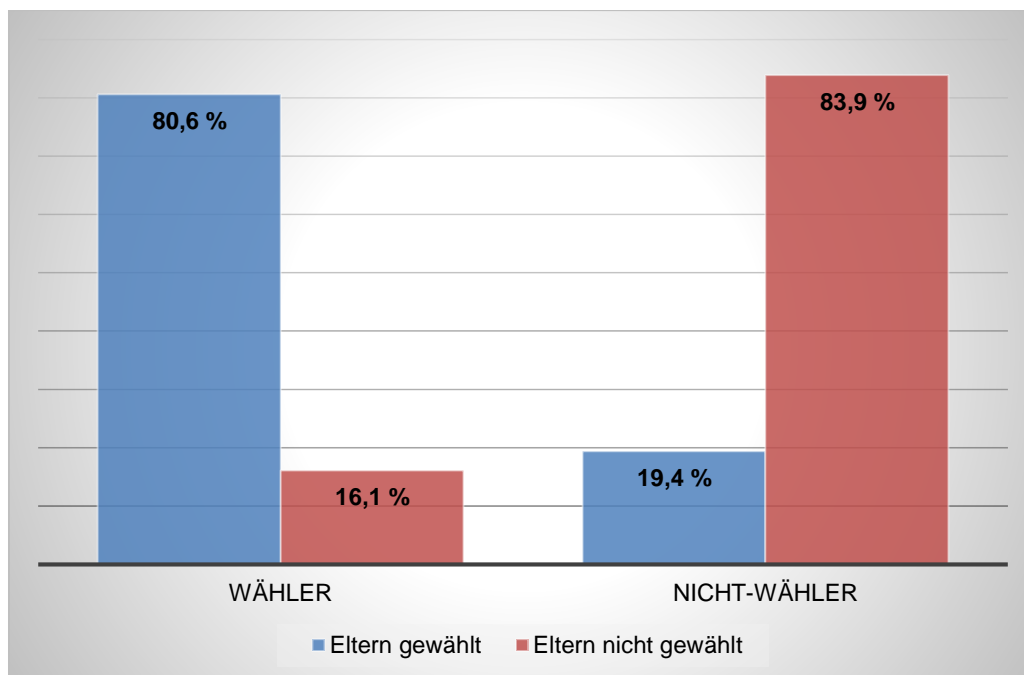


Abbildung 6: Wahlverhalten der Eltern

Aus den Ergebnissen wird geschlossen, dass die Nichtwahl der Eltern die Nichtwahl der Jugendlichen und die Wahl der Eltern die Wahl der Jugendlichen begünstigt. Somit soll an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Erhebung ergeben hat, dass sich das Wahlverhalten über die Generationen fortsetzt - es scheinbar vererbbar ist. Die Eltern beeinflussen das Wahlverhalten ihrer Kinder, wie gezeigt wurde, aller Wahrscheinlichkeit nach durch Erziehung (vgl. Kap. 5.3.1.3) – in erster Linie aber durch die Vorbildfunktion.

Eine Erkenntnis, welche diese Kreuztabelle liefert, bezieht sich auf die Kommunikation zwischen Eltern und Jugendlichen. Da 89,9 % der Jugendlichen, welche nicht wissen, ob ihre Eltern wählen waren, nicht wählen gegangen sind, liegt die Vermutung nahe, dass die Eltern sich mit ihren Kindern nicht über die Wahl ausgetauscht haben. Somit scheint in diesen Haushalten das Thema „Wahlen“ nicht präsent zu sein, was wir als politisches Desinteresse interpretieren. Mangelnder kommunikativer Austausch – nicht nur über politische Themen – wirkt sich also nach den Erhebungsergebnissen deutlich in Form von Wahlabsentismus aus.

Zusammenfassend zeigen im Grunde die letzten drei erörterten Fragebogenitems sämtlich die Bedeutung der Eltern bzw. deren Erziehung für das Wahlverhalten ihrer Kinder. Daheim werden die Jugendlichen in Bezug auf

ihr Wahlverhalten maßgeblich geprägt. Sind Eltern weniger gebildet, widmen sie ihren Kindern wenig Aufmerksamkeit und gehen selbst nicht wählen; so sind die Kinder prädestiniert, es ihnen nachzutun. Um aus dem Teufelskreis dieser „vererbaren Wahlabstinenz“ zu entkommen, benötigen die Jugendlichen ein mündiges, selbstständiges Denkvermögen, sowie den Willen, einen eigenen Weg zu beschreiten, um sich der familiär praktizierten Wahlabstinenz zu widersetzen. Ein solches Verhalten ist nach der Auffassung der Studiengruppe für einen Jugendlichen eine Herausforderung, der nicht viele gewachsen sind. Derlei aktive Überwindung elterlicher Verhaltensmuster kostet Mut, erfordert eine gewisse Kenntnis und setzt politisches Interesse voraus. Dies schaffen – wie die Erhebung gezeigt hat – nur die wenigsten. Die aufgezeigte Vererbbarkeit von Wahlabstinenz ist für die Studiengruppe eines der wichtigsten Ergebnisse ihrer Befragung.

5.2.1.6 Vorbereitung auf die Wahl

Die sechste und letzte Frage, mit Bezug zur ersten Hypothese, fragt eine Vorbereitung der Jugendlichen auf die Wahl ab. Die entsprechende Kreuztabelle ergibt, dass 75,5 % der Jugendlichen, welche sich auf die Wahl vorbereitet haben, auch wählen gegangen sind. Dieser Wert kann der gleichsam deutlichen Zahl von 76,0 % der Jugendlichen gegenübergestellt werden, welche sich nicht informiert haben und auch nicht wählen gegangen sind. Somit ist hier klar erkennbar, dass die Jugendlichen, welche sich informiert haben, eher wählen gegangen sind, als diejenigen, welche sich nicht auf die Wahl vorbereitet haben.

Der Chi-Quadrat-Test ergibt hierzu einen hohen Wert von 290,256 bei einer asymptotischen Signifikanz von 0,000. Außerdem besteht eine mittlere Korrelation nach Spearman von 0,471 zwischen beiden Variablen, was den Zusammenhang zusätzlich verdeutlicht.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle noch die absolute Zahl von 234 Personen, die sich im Vorfeld der Wahlen informiert haben, dann aber nicht wählen gegangen sind. Dies wird so interpretiert, dass diese Probanden höchstwahrscheinlich von den Parteien oder deren Inhalten nicht überzeugt gewesen sind.

5.2.2 Auswirkungen der Peergroup auf die Wahlbeteiligung

Für die Untersuchung der Beweggründe junger Nichtwähler hat es der Studiengruppe am Herzen gelegen, auch das soziale gleichaltrige Umfeld (Peergroup) zu analysieren. Dementsprechend hat die Gruppe im Rahmen der

Entwicklung des Fragebogens die Hypothese „Wenn die eigene Peergroup unpolitisch ist, dann wirkt sich dies negativ auf die Wahlbeteiligung aus.“ einfließen lassen. Durch mit dieser Hypothese in Verbindung stehende (Zustimmungs-)Fragen sollte herausgefunden werden, inwiefern die Entscheidung, sich nicht an einer Wahl zu beteiligen, von der eigenen Peergroup beeinflusst wird. Im Rahmen dieser Hypothese wird auch das Freizeitverhalten anhand von Beispielen herangezogen, um hier Wechselwirkungen aufzuzeigen. Insgesamt wird die zweite Hypothese durch fünf Items innerhalb des Erhebungsbogens abgedeckt. In der nun folgenden Auswertung dazu werden die Ergebnisse der gebildeten Kreuztabellen Frage für Frage dargestellt.

5.2.2.1 Wahlverhalten der Freunde

Mit der Frage, ob die eigenen Freunde wählen gegangen sind, wird versucht zu ergründen, inwiefern sich das Wahlverhalten der Freunde junger Erstwähler in der eigenen Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht, widerspiegelt. Im Ergebnis gehen Jugendliche, die einen Freundeskreis haben, der wählen geht, mit 76,3 % häufiger zur Wahl. Waren die Freunde der Probanden nicht wählen, sank die Wahlbeteiligung auf 26,8 %. Diese Zahlen differieren stark von der allgemeinen Wahlbeteiligung von 61,8 %. Folglich lässt sich anhand der Erhebung konstatieren, dass wenn die Peergroup wählen geht, sich dies positiv auf die eigene Wahlbeteiligung auswirkt und der Einzelne statistisch eher wählt.

In die andere Richtung ist aber auch der negative Einfluss einer Peergroup vergleichbar zu erkennen. So haben 73,2 % der Jugendlichen, dessen Freunde nicht wählen waren, angegeben, dass sie auch nicht wählen waren. Nur 23,7 % der Jugendlichen, dessen Freunde wählen waren, gehen selber nicht wählen. Dies lässt darauf schließen, dass ein negativer Effekt auf die Wahlbeteiligung innerhalb einer Peergroup besteht, wenn die Wahlbeteiligung im Freundeskreis ausbleibt.

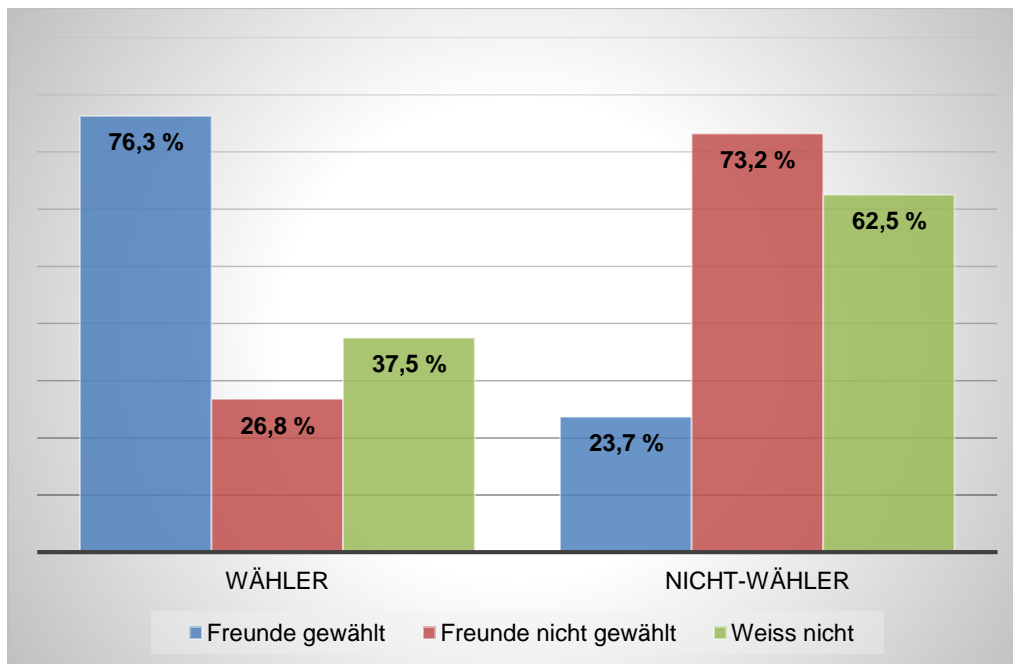


Abbildung 7: Wahlverhalten der Freunde

Die festen Rückschlüsse auf der Grundlage dieser Frage basieren auf ausgesprochen aussagekräftigen statistischen Werten. So lag die Signifikanzkennzahl in allen Testungen (Chi-Quadrat nach Pearson, Likelihood-Quotient, Zusammenhang) bei 0,000, was auf einen höchst signifikanten Zusammenhang hinweist. Der allgemeine Chi-Quadrat Wert ist mit 230,48 sehr hoch. Dieser Wert ist im Quervergleich über die gesamten Erhebungsergebnisse einer der Herausstechenden und unterstreicht somit, die mit dieser Frage zu die verifizierende, zweite Hypothese in besonderer Weise.

5.2.2.2 Politik im Freundeskreis

Im Rahmen einer zweiten Frage zur Peergroup-Hypothese, hat die Studiengruppe die Aussage „Politik ist in meinem Freundeskreis ein Thema.“ durch die Probanden auf ihre Zustimmung hin bewerten lassen. Mit den Zustimmungswerten zu dieser Aussage sollte herausgefunden werden, ob und wenn ja, wie sehr Politik als Austauschthema innerhalb einer Peergroup das eigene Wahlverhalten beeinflusst. Jugendliche, die angaben, dass in ihrem Freundeskreis Politik ein Thema sei, waren mit 73,3 % häufiger wählen, als der Durchschnitt. Aufgrund des Vergleichs mit dem prozentualen Mittelwert von 61,9 % kann angenommen werden, dass der Austausch über politische Themen mit dem sozialen Umfeld einen positiven Einfluss auf das Wahlverhalten besitzt. Ist Politik kein Gesprächsthema der Peergroup, ist die Prozentzahl an Nichtwählern mit 48,4 % deutlich höher als die durchschnittliche prozentuale Zahl an Nichtwählern von 38,1 %. Demnach kann der zweiten Hypothese schlussgefolgert werden, dass wenn die eigene Peergroup

unpolitisch ist, die eigene Motivation wählen zu gehen, davon negativ beeinflusst wird.

Die statistischen Kennzahlen untermauern diese Aussagen. Betrachtet man die Signifikanzkennzahl der Auswertung, liegt diese bezeichnender Weise bei 0,000. Wenn in diesem Zusammenhang noch den Chi-Quadrat-Wert von 64,1 hinzugezogen wird, wird der eindeutige statistische Befund offensichtlich, womit die Studiengruppe im Rahmen ihrer Erhebung einen starken Zusammenhang zwischen der oben genannten Aussage und dem Wahlverhalten jugendlicher Wähler feststellen kann.

5.2.2.3 Abhängigkeit von Peergroup

Mit der dritten Frage zur Verifizierung der zweiten Hypothese, die als Zustimmungsfrage gestellt wurde, hat die Gruppe auf die Abhängigkeit von der eigenen Peergroup abgezielt, indem sie Aussage bewerten ließ: „Mir ist wichtig, was meine Freunde von mir denken.“ Auf der Grundlage der Angaben zu dieser Frage wurde eruiert, ob jugendliche Erstwähler eventuell einem Wahlverhalten nachgehen, um Akzeptanz in ihrer Peergroup zu finden.

So betrug anhand der entsprechenden Kreuztabelle das prozentuale Verhältnis zwischen Wählern und Nichtwählern 62,2 % (Wähler) zu 37,8 % (Nichtwähler). Von den Probanden, die angegeben haben, dass es ihnen wichtig ist, was ihre Freunde von ihnen denken, waren anteilig 65,9 % Wähler, was einen überdurchschnittlichen Wert darstellt. So scheint es, als hätte die Präferenz, der eigenen Peergroup gefallen zu wollen, einen positiven Einfluss auf die Entscheidung zur Wahl zu gehen. Die Jugendlichen, die angaben, dass es unwichtig für sie sei, was ihre Freunde von ihnen denken, waren mit 46,4 % überdurchschnittlich oft Nichtwähler. Im Vergleich zu der prozentualen Anzahl an Nichtwählern im Mittel (37,8 %) liegt diese Zahl signifikant höher. Es ist plausibel die Schlussfolgerung zu ziehen, dass, wenn es dem Jugendlichen egal ist, was die eigene Peergroup von einem hält, eine Wahlbeteiligung eher ausbleibt (Signifikanzzahl: 0,000; Chi-Quadrat-Wert: 17,3).

5.2.2.4 Eingeständnis der Beeinflussbarkeit

An dieser Stelle wurden die Probanden explizit nach der eigenen Einschätzung befragt, ob sie glauben, dass sie durch das Wahlverhalten ihrer Freunde beeinflusst werden (zu bewertende Aussage: „Mich beeinflusst das Wahlverhalten meiner Freunde – wählen zu gehen oder nicht.“). Von insgesamt 1.290 Personen, die diese Aussage beantworteten, kreuzten insgesamt 1.162 Personen „Nein“ an. Die Studiengruppe interpretiert diese hohe absolute Zahl

dahin gehend, dass – da wir die Frage offen formuliert haben – sich ein Jugendlicher derartig „abhängiges“ Verhalten grundsätzlich nicht eingestehen möchte. Dies ist bemerkenswert, da die vorherigen Items zur zweiten Hypothese eher Gegenteiliges im Ergebnis zutage gefördert haben. Dies bleibt zu dieser Frage der einzige erwähnenswerte Befund, da ansonsten keine nennenswerten Unterschiede oder Signifikanzen festgestellt werden können. Im Rahmen dieser Frage, die fast einer Ausformulierung der Hypothese gleichkommt, lässt sich kein Zusammenhang im Sinne der zweiten Hypothese herleiten.

Aus dem Antwortverhalten der Probanden konnten perspektivisch Lehren für Erhebungen bezüglich der Verklausulierung von Hypothesen in Fragestellungen gezogen werden. Hier muss größtmögliche Sorgfalt aufgewendet werden, um keine offensichtlichen Fragen zu stellen.

5.2.2.5 Freizeitverhalten der Peergroup

Anhand der Untersuchung der Hobbys jugendlicher Erstwähler, erhofft sich die Gruppe genauere Erkenntnisse dahin gehend zu erlangen, welche Freizeitaktivitäten einen positiven Effekt auf die Motivation zur Wahlbeteiligung haben und welche einen gegenläufig negativen.

Aus folgenden zehn Freizeitaktivitäten, die die Studiengruppe für besonders unterschiedlich im Rahmen der Fragebogenerstellung gehalten hat, haben die einzelnen Probanden jeweils drei angekreuzt:

- 1) Politisches Tagesgeschehen
- 2) Sport
- 3) Umweltschutz
- 4) Schülersprecher/Schülervertretung
- 5) Filme/Serien
- 6) Musik
- 7) Bürgerinitiativen (einschl. pol. Ehrenamt)
- 8) Freunde treffen
- 9) Bücher
- 10) Aktionen gegen Rechtsextremismus

Bewusst sind jeweils fünf der Auswahlmöglichkeiten eher politische und eher unpolitische Freizeitaktivitäten. Die Grundannahme dabei ist, dass wenn sich jemand in seiner Freizeitgestaltung mit einem politischen Hobby auseinandersetzt, er oder sie eher wählen geht. Aufgrund dieser Annahme müssen alle Aktivitäten einzeln statistisch untersucht werden.

Zu 1) Politisches Tagesgeschehen

Ähnlich wie bei den vorherigen Aussagen liegt die prozentuale Verteilung der Wähler und Nichtwähler durchgehend bei 61,9 % und 38,1 %. Personen, die sich für das politische Tagesgeschehen interessieren, waren anteilig zu 67,9 % Wähler. Folglich steigt – wie es die Studiengruppe erwartet – die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen, wenn man sich für das politische Tagesgeschehen interessiert. Ist das politische Tagesgeschehen kein Bestandteil der Freizeit, liegt die prozentuale Nichtwählerschaft bei 41,6 % – also etwas höher als der Durchschnitt. Die Gruppe nimmt an, dass Desinteresse am politischen Tagesgeschehen eine größere Distanz aufbaut, das eigene Wahlverhalten auszuüben. (Signifikanzkennzahl 0,000; Chi-Quadrat-Wert 11,2).

Zu 2) Sport

Hier haben die Befragten die Möglichkeit gehabt, Sport als eine ihrer Freizeitaktivitäten anzukreuzen. Von denen, die dies gemacht haben, sind 63,7 % Wähler, was einem Wert von 1,8 Prozentpunkten über dem Durchschnitt entspricht. Es scheint demnach, als habe Sport als Freizeitaktivität einen – zumindest leichten – positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung. Diese Vermutung wird zudem von der Gegenprobe aus der Perspektive der Nichtwähler unterstützt, da Jugendliche ohne Sport als Freizeitgestaltung zu 42,3 % nicht wählen gegangen sind (durchschnittliche Wahlbeteiligung wieder bei 38,1 %). Die Auswertung der Signifikanzkennzahlen bestätigt diesen leichten, aber noch messbaren Zusammenhang (Signifikanzkennzahl 0,026, d. h. noch signifikant; Chi-Quadrat-Wert 4,03).

Zu 3) Umweltschutz

Als die Gruppe im Vorhinein einen möglichen Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und freizeitleicher Betätigung im Umweltschutz bedacht hat, wurde fest davon ausgegangen, an dieser Stelle einen positiven Effekt aufzudecken. So wird der Umweltschutz nämlich als ein – zumindest unter Jugendlichen – dauerhaft aktuelles politisches Themenfeld erachtet.

Statistisch kann dies im Rahmen der Auswertung allerdings nicht festgestellt werden. Vielmehr macht es keinen Unterschied, ob man sich für Umweltschutz engagiert oder nicht, da sich die jeweiligen Zahlen stets an der durchschnittlichen Wähler- und Nichtwählerverteilung orientiert. So gehen 63 % der jugendlichen Umweltschützer wählen (Durchschnitt: 61,9 %) und 38,3 % der

Jugendlichen, die sich nicht für Umweltschutz interessieren, gehen nicht wählen (Durchschnitt: 38,1 %). An dieser Stelle existiert kein besonderer statistischer Zusammenhang, was die Signifikanzkennzahl von 0,391 belegt.

Zu 4) Schülersprecher/Schülervertretung

Bei der Untersuchung, ob ein Engagement in der Schülervertretung einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben kann, ist vor Betrachtung der Zahlen anzunehmen, dass es eine kleine Anzahl an Schülern sein kann, die sich in ihrer Freizeit in diesem Bereich engagieren. Schülervertretungen werden aus einer sehr kleinen Zahl der Angehörigen eines Jahrgangs gebildet.

Diese Annahme stellt sich beim Betrachten der entsprechenden Kreuztabelle als korrekt heraus, da sich in absoluten Zahlen lediglich 66 Befragte als Schulsprecher/Schülervertreter bekennen. Betätigt man sich als Jugendlicher in diesem Bereich, so steigt die Wahlbeteiligung auf 77,3 % (Durchschnitt wieder 61,9 %). Der Rückschluss, dass wenn man sich in der Schülervertretung einbringt, die Wahlbeteiligung steigt, kann somit gezogen werden. Die Gegenprobe ergibt hingegen ein neutrales Ergebnis. Engagiert man sich nicht im Bereich Schulsprecher/Schülervertretung, so bleibt die prozentuale Anzahl an Nichtwählern fast voll im Durchschnitt (39 % zu 38,1 % durchschnittlicher Anzahl an Nichtwählern). Ein Ausbleiben des Engagements verschlechtert demnach nicht die Wahrscheinlichkeit nicht wählen zu gehen (Signifikanzkennzahl 0,005; Chi-Quadrat-Wert 6,99).

Zu 5) Filme/Serien

Filme und Serien gelten für die Studiengruppe als eher unpolitische Freizeitgestaltung. Demnach wurde die Vermutung gehegt, dass diese Art von Freizeitgestaltung entweder keinen oder einen minimalen negativen Effekt auf die Wahlbeteiligung haben könnte. Die Erhebungsergebnisse haben diese Annahmen bestätigt.

Denn soweit man diese Art der Freizeitgestaltung nicht betreibt, wirkt sich dies positiv auf die Wahlbeteiligung aus. Jugendliche, die sich nicht für Filme und Serien interessieren, gehen mit 66,9 % häufiger wählen als Jugendliche, die in Ihrer Freizeit Filme/Serien schauen (60,4 %). Erstere Zahl liegt exakt 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Es kann also festgehalten werden, dass es das Wahlverhalten Jugendlicher positiv beeinflusst, wenn Filme und Serien nicht zu ihrer Freizeitgestaltung zählen (Signifikanzkennzahl 0,024, d. h. noch signifikant; Chi-Quadrat-Wert 4,12).

Zu 6) Musik

Bevor in eine tiefer gehende Auswertung zur genauen Verteilung der Wähler- und Nichtwählerschaft in der Kategorie „Musik als Freizeitgestaltung“ überhaupt eingestiegen wird, macht ein schneller Blick auf die Signifikanzkennzahl von 0,148 und den Chi-Quadrat-Wert von 1,22 deutlich, dass – wenn überhaupt – nur ein zufälliger Zusammenhang zwischen Musik und Wahlbeteiligung besteht. Mit einer sehr viel größeren Wahrscheinlichkeit besteht gar kein erwähnenswertes Verhältnis zwischen den beiden Variablen, sodass zu besagter Freizeitaktivität nichts weiter ausgeführt wird.

Zu 7) Bürgerinitiativen (einschl. pol. Ehrenamt)

Bei dieser Kategorie der Freizeitgestaltung liegt, ähnlich wie beim Umweltschutz, die Vermutung nahe, dass ein positiver Effekt zwischen Einbringung in einer Bürgerinitiative und der Wahlbeteiligung besteht.

So gehen, bei Betrachtung der statistischen Auswertung, 71,4 % der Jugendlichen, die Bürgerinitiativen und Ehrenämter zu ihren Hobbys zählen, wählen. Diese Zahl liegt 9,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Allerdings hebt die Gegenprobe diesen Effekt wieder auf. Denn wenn sich ein Jugendlicher nicht für derlei Aktivitäten in ihrer/seiner Freizeit interessiert, geht er oder sie zu 61,3 % dennoch wählen (nur 0,6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt) und zu 38,7 % nicht wählen (gleichfalls nur 0,6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt). Den Versuch, hier dennoch einen statistischen Zusammenhang zu konstatieren, macht die einschlägige Signifikanzkennzahl von 0,057 zunichte. Dieser Wert übersteigt die Obergrenze des Signifikanzbereiches, die bei 0,05 liegt. Folglich lässt sich kein Zusammenhang konstatieren; die Differenzen zwischen den Werten können sich zufällig ergeben haben.

Zu 8) Freunde treffen

Auch an der Freizeitaktivität „Freunde treffen“ wird abgeprüft, ob sie sich positiv oder negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Vorweg bleibt festzuhalten, dass 83,3 % aller Probanden, die diese Frage beantwortet haben, diese Freizeitaktivität angekreuzt haben. Jene Jugendlichen, die die überwältigende Mehrheit darstellen, gehen kaum häufiger oder weniger häufig wählen als der Durchschnitt. Analysiert man aber die Zahlen genauer, so stellt sich anhand der Kreuztabelle heraus, dass es einen leicht positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung hat, wenn jugendliche Freunde treffen nicht zu ihren Freizeitbeschäftigungen zählen (prozentuale Wählerschaft steigt dabei um 6

Prozentpunkte). Dieser Unterschied ist wider Erwarten – wenn auch schwach – signifikant (Signifikanzkennzahl 0,027, d. h. noch signifikant; Chi-Quadrat-Wert 3,99).

Zu 9) Bücher

Bevor man tiefer in die Untersuchung einsteigt, ob Bücher einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung haben, kann man sich – gleichsam wie bei der Freizeitaktivität Musik – kurz die Signifikanzkennzahlen aus dem Chi-Quadrat-Test anschauen und hierbei erkennen, dass es aufgrund mangelnder Signifikanz keinerlei weiteren Erörterungen bedarf (Signifikanzkennzahl 0,351, d. h. nicht im geringsten signifikant; Chi-Quadrat-Wert 0,204).

Zu 10) Aktionen gegen Rechtsextremismus

Bei diesem letzten Item zur Freizeitgestaltung ist die Studiengruppe fest davon ausgegangen, dass es einen eindeutigen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben muss. Schließlich handelt es sich um eine – wenn nicht sogar *die* – klassisch politisch orientierte Freizeitaktivität.

Die statistischen Werte bestätigen diese Annahme, denn bei Jugendlichen, die sich „gegen Rechts“ engagieren, liegt die Wahlbeteiligung im Vergleich zum Durchschnitt um 7,3 Prozentpunkte höher. Tun sie dies nicht, gehen die Probanden dennoch immer noch zu 60,7 % wählen, was nur 1,2 Prozentpunkte weniger als die durchschnittliche Wahlbeteiligung ist und den erstgenannten Effekt somit teilweise wieder aufhebt. Gleichwohl kann der erwartete Effekt eines positiven Einflusses von politischem Engagement gegen Rechts konstatiert werden (Signifikanzkennzahl 0,020, d. h. noch signifikant; Chi-Quadrat-Wert 4,508).

5.2.3 Politikverdrossenheit

Im Rahmen der Erhebung zu den Beweggründen, nicht an Wahlen teilzunehmen, wurde auch versucht, die Auswirkungen allgemeiner Politikverdrossenheit in dem Fragebogen abzubilden. In diesem Zusammenhang hat die Gruppe die Hypothese „Je größer die Politikverdrossenheit des Einzelnen desto geringer ist die Wahlbeteiligung.“ mit zwei Items in den Fragebogen eingebaut. Im Folgenden werden die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen dargestellt.

5.2.3.1 Vertrauen in das politische System

Als erste Frage zu den Auswirkungen von Politikverdrossenheit wurden die Probanden gefragt, ob es möglich ist, mit dem demokratischen System die

derzeitigen Probleme in Deutschland zu lösen. Folgende Antwortmöglichkeiten sind dabei vorgegeben: „Ja“, „eher ja“, „eher nein“ und „nein“. Mit der dazu gebildeten Kreuztabelle kann herausgearbeitet werden, wie sich die Ansichten dazu auf das Wahlverhalten auswirken. Insgesamt haben zu dieser Frage 1285 Befragte eine Antwort gegeben, was 96,18 % der 1.336 in die Wertung eingegangenen Fragebögen entspricht. Der errechnete Chi-Quadrat-Test dazu ergibt, dass die Beziehung zwischen der Angabe zum Wahlverhalten und der Meinung zur Lösung der politischen Probleme in Deutschland nicht zufällig ist und somit in Bezug zueinander gesetzt werden kann (exakte Signifikanz von 0,000).

Von den 1.285 gültigen Antworten sind 870 zustimmend („ja“ bzw. „eher ja“). Dies bedeutet, dass 67,7 % der Befragten der Meinung sind, dass das demokratische System die derzeitigen Probleme in Deutschland lösen kann. 415 Probanden (32,3 %) glauben dies nicht („nein“ bzw. „eher nein“).

260 Befragte, die angeben, dass das politische System die Probleme in Deutschland lösen kann, haben nicht gewählt. Im Gegensatz dazu haben 610 Befragte, die die Frage bejaht haben, von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Das entspricht einer anteiligen Wahlbeteiligung von 70,1 %.

Als Kontrast liegt die Wahlbeteiligung bei den Befragten, die das System in Deutschland nicht als problemlösend empfinden, hingegen nur bei 44,3 % (184 Jugendliche). Hier beträgt der Anteil an Nichtwählern lediglich 55,7 % (231 Jugendliche).

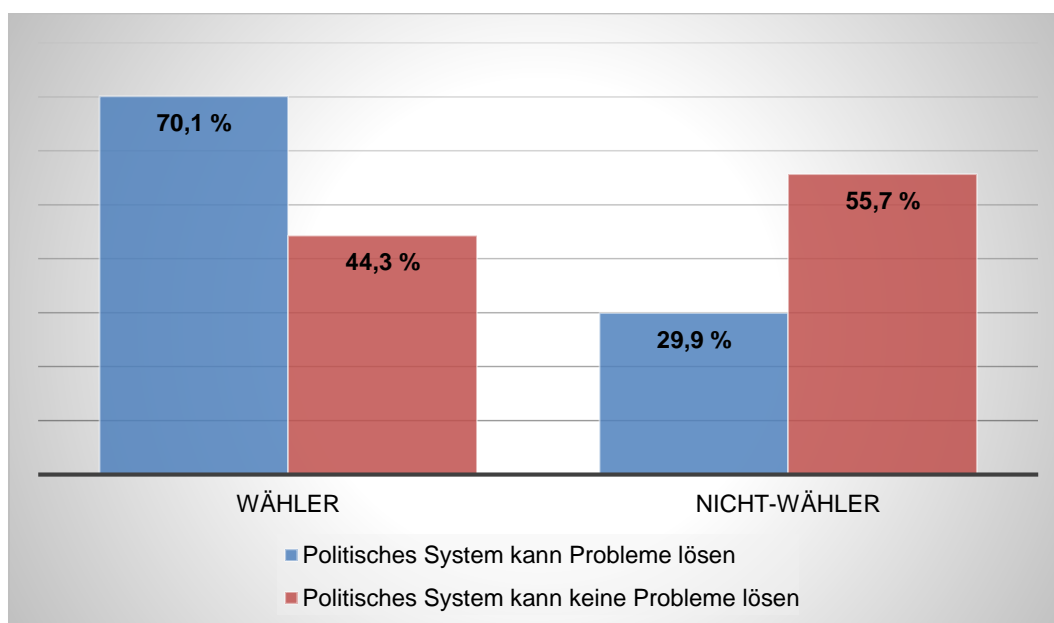


Abbildung 8: Vertrauen in das politische System

Folglich lässt sich herleiten, dass Personen, die von dem politischen System in Deutschland überzeugt sind, deutlich eher wählen gehen, als solche, die das System als nicht problemlösend empfinden. Die Wahlbeteiligung von 70,1 % ist hier gegenüber der durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 61,8 % signifikant erhöht. Dementsprechend sieht die Studiengruppe die dritte Hypothese anhand dieser Frage als gestützt an. Ein Grund für mangelnde Wahlbeteiligung ist fehlendes (Grund-)Vertrauen in das politische System Deutschlands.

5.2.3.2 Generelles Politikinteresse

Den Auswirkungen einer allgemeinen Politikverdrossenheit hat sich die Studiengruppe im Rahmen ihrer Erhebung noch über eine weitere Frage angenähert, mit der eruiert wird, wie sich generelles Politikinteresse auf die Wahlbeteiligung der Befragten auswirkt. Dazu hat die Gruppe die Zustimmung zu der Aussage „Ich interessiere mich für Politik.“ gleichsam wie bei dem vorherigen Item bewerten lassen.

Hierzu sind in der Summe 1287 Antworten eingegangen, die 96,33 % der Grundgesamtheit von 1336 auswertbaren Fragebögen ausmachen.

Auch bei der Auswertung dieses Items ergab der Chi-Quadrat-Test eine deutliche Signifikanz für die erhobenen Werte von 0,000. So ist auch hier die Beziehung zwischen dem Interesse an Politik und dem Wahlverhalten der Probanden nicht zufällig, sondern kann in Bezug zueinander gesetzt werden.

Von 1287 in die Wertung eingehenden Antworten sind 847 positiv mit „ja“ oder „eher ja“ angekreuzt worden, was 65,8 % entspricht. 440 Befragte (34,2 %) hingegen haben kein Interesse an Politik.

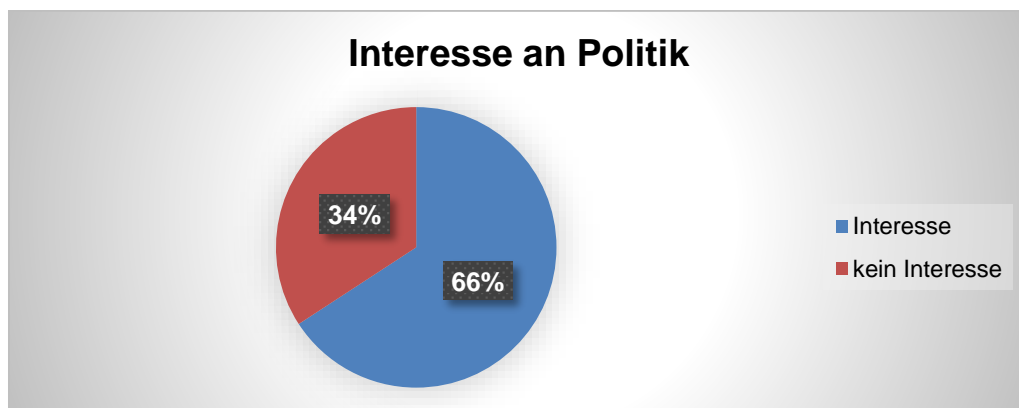


Abbildung 9: Politikinteresse der Befragten

Es zeigen sich offensichtliche Auswirkungen auf das Wahlverhalten, da die Wahlbeteiligung bei politisch interessierten Befragten bei 70,4 % liegt, was die

generelle Wahlbeteiligung beachtlich übersteigt. Im Rahmen der Gegenprobe geben nur 45,9 % der (hier: nicht politisch interessierten) Probanden an, wählen gegangen zu sein. In diesem Personenkreis befinden sich mit 54,1 % deutlich häufiger Nichtwähler. Befragte, die gegenüber Politik gleichgültig sind, gehen nur zu 29,6 % wählen.

Insoweit lässt sich auch hier ein Zusammenhang im Sinne der dritten Hypothese dahin gehend konstatieren, dass sich mangelndes Politikinteresse negativ auf das Wahlverhalten von Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren auswirkt. Schließlich gehen junge Menschen, die sich für das politische Geschehen interessieren, erheblich häufiger wählen.

5.2.4 Wahlbeteiligung in Abhängigkeit vom Geschlecht

Aufgrund der Tatsache, dass beim Wahlverhalten jugendlicher Erstwähler geschlechtsspezifische Unterschiede erwartet wurden, ist die vierte Hypothese: „Männer sind seltener Nichtwähler als junge Frauen.“ bei der Erstellung des Fragebogens berücksichtigt worden. Die Überprüfung dieser Annahme hat sich vergleichsweise einfach gestaltet, da dafür nur eine Frage nötig gewesen ist. So sind die Probanden am Fragebogenende gebeten worden, ihr Geschlecht anzugeben (vorgegebene Ausprägungen: „Männlich“, „Weiblich“). Die Erhebungsergebnisse sind zur Auswertung mit der auf die Wahlteilnahme abzielenden Frage 5c in Bezug gesetzt bzw. gekreuzt worden.

Insgesamt sind von 1.294 Personen, die beide Fragen beantwortet haben und deren Fragebogen generell gültig gewesen sind, 640 männlich und 654 weiblich. Die prozentuale Verteilung zwischen jungen Männern und jungen Frauen ist somit annähernd ausgeglichen (Männer 49,5 %, Frauen 50,5 %).

Die Auswertung hat eine Nichtwählerquote von 39,1 % bei den weiblichen Probanden und von 36,9 % bei den männlichen Probanden ergeben. Während der Wert der Frauen leicht über dem allgemeinen Durchschnitt von 38 % liegt, liegt der Wert der Männer mit gleichem prozentualem Unterschied (1,1 Prozentpunkte) darunter. Aufgrund der Ergebnisse des Chi-Quadrat-Tests (exakte Signifikanz 0,217) ist aber davon auszugehen, dass diese Differenzen zufällig sind. Als Ergebnis der Erhebung kommt die Studiengruppe zu dem Schluss, dass keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern bezüglich der Wahlbeteiligung statistisch aufgezeigt werden konnten. Folglich muss die vierte Hypothese verworfen werden.

In diesem Zusammenhang bleibt aber anzumerken, dass an die Erhebung größtenteils Schüler teilgenommen haben, die sich bzgl. ihres Bildungsabschlusses hohe Ziele gesetzt haben (vgl. Kap. 5.2.1). Für die Studiengruppe ist es naheliegend, dass sich evtl. doch ein Abstand zwischen den Geschlechtern bei Niedrigerem Bildungszielen/Ausbildungsstatus sowie außerhalb der schulischen Umgebung von Stadtteilschulen/Gymnasien ergibt.

5.2.5 Auswirkung der Mediennutzung auf die Wahlbeteiligung

Die fünfte und letzte Hypothese, die die Studiengruppe mit ihrem Fragebogen geprüft hat, zielt auf die Mediennutzung der jugendlichen Erstwähler ab. Sie lautet: „Je geringer die Nutzung der öffentlich-rechtlichen Medien zur Informationsgewinnung, desto geringer die Wahlbeteiligung.“ Die Hypothese basiert auf der Annahme, dass der Konsum von politischen Informationen, die in öffentlich-rechtlichen Medien im Vergleich zu privaten Medien verstärkt transportiert bzw. gestreut werden, die Wahlbeteiligung positiv beeinflusst. Aufgrund der Tatsache, dass es vom Umfang des Fragebogens her nicht möglich gewesen ist, die komplette Medienlandschaft abzubilden, wurde sich auf Radio und Fernsehen beschränkt. Im Folgenden werden also die Ergebnisse zu den Hör- und Sehgewohnheiten – differenziert auf die einzelnen Sender – dargestellt.

5.2.5.1 Fernsehkonsum

Zur Erhebung ihrer Fernsehgewohnheiten wurden die Probanden gebeten, eine Auswahl von zehn Antwortmöglichkeiten bzgl. der TV-Kanäle zu treffen, von denen sie ihre Informationen beziehen. Bei der Auswahl wurde keine Beschränkung zur Anzahl der Nennungen vorgegeben. Es standen vier öffentlich-rechtliche Sender (ARD, ZDF, NDR, Phoenix), fünf private TV-Kanäle (Pro7, SAT.1, N24, RTL, N-TV), sowie die Angabe „Sonstige“ zur Verfügung. Die Erhebungsergebnisse werden zur besseren Veranschaulichung tabellarisch wiedergegeben.

Bei diesem Item liefert schon die Betrachtung einfacher Häufigkeiten interessante Ergebnisse. So zeigt die erste Tabelle zum Fernsehkonsum der Probanden die absoluten prozentualen Anteile, die die jeweiligen TV-Kanäle von der Gesamtheit der Befragten erreicht haben. Damit wird sozusagen die allgemeine Beliebtheit der jeweiligen TV-Kanäle unter den Erstwählern abgebildet.

Sender	Beliebtheit
ARD	56,2 %
Pro 7	50,3 %
ZDF	50,2 %
N24	33,1%
RTL	29,3 %

Sender	Beliebtheit
Sonstige	24,0 %
NDR	22,5 %
SAT. 1	20,3 %
N-TV	15,7 %
Phoenix	10,3 %

Abbildung 10: Beliebteste TV-Kanäle der Gesamtheit der Befragten

Es zeigt sich, dass die ARD, Pro 7 und das ZDF die unter den Probanden beliebtesten Sender zur Informationsgewinnung sind. Pro 7 ist in diesem Zusammenhang der mit Abstand führende private „Jugendsender“.

Aus der Aufstellung gehen allerdings noch keinerlei Auswirkungen des Fernsehkonsums auf die Wahlbeteiligung hervor. Erst wenn die Fernsehgewohnheiten von Wählern und Nichtwählern differenziert betrachtet werden, kann eine Verifizierung der fünften Hypothese erfolgen. Dementsprechend zeigt die zweite Tabelle die Beliebtheit der einzelnen TV-Kanäle, unterschieden nach Probanden, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben bzw. denen, die darauf verzichtet haben.

Sender	Wähler	Sender	Nichtwähler
ARD	68 %	Pro 7	62 %
ZDF	59 %	RTL	42 %
Pro 7	44 %	N24	39 %
N 24	30 %	ARD	37 %
NDR	27 %	ZDF	37 %
RTL	22 %	Sat 1	30 %
Sonstige	22 %	Sonstige	28 %
Sat 1	15 %	N-TV	17 %
N-TV	15 %	NDR	16 %
Phoenix	10 %	Phoenix	12 %

Abbildung 11: Beliebteste TV-Kanäle von Wählern und Nichtwählern

Schon anhand dieser banalen Aufstellung prozentualer Häufigkeiten wird deutlich, dass sich im Sinne der fünften Hypothese ein positiver Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien ergibt. Die genauere Betrachtung der statistischen Kennzahlen zeigt fast durchgehend, dass die Unterschiede höchst signifikant sind. So liegen die exakten Signifikanzen bei sieben Sendern (ARD, ZDF, NDR, Sat1, RTL, Pro7)

bei 0,000, sodass eine Beurteilung der Ausprägung der (sämtlich signifikanten) Unterschiedlichkeit lediglich noch aufgrund des Chi-Quadrat-Werts möglich ist.

Lediglich bei den, unter den Probanden unbeliebten, Sendern wie Phoenix und N-TV, zeigen sich keine statistischen Auffälligkeiten, sodass von zufälligen Unterschieden auszugehen ist.

Unter den privaten Sendern erweisen sich RTL und Sat 1 als die TV-Kanäle mit dem am stärksten ausgeprägten negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung (Chi-Quadrat-Werte: RTL 60,156; Sat1 38,797). Demzufolge gehen die RTL-respektive Sat 1-Zuschauer am häufigsten nicht zur Wahl. Ihre Nichtwählerquote unter den Probanden liegt fast 17 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

Als etwas weniger stark, aber gleichwohl signifikant, erweist sich der negative Einfluss des Senders Pro 7 auf die Wahlbeteiligung (Chi-Quadrat-Wert: 37,173). Zwar ist bei den Zuschauern dieses Senders die Nichtwählerquote lediglich um gut 8 Prozentpunkte erhöht, doch vor dem Hintergrund der großen Beliebtheit des Senders unter Jugendlichen, liegt auch hier ein aus Sicht der Studiengruppe alarmierendes Ergebnis vor.

Der positive Nutzen des öffentlich-rechtlichen Angebots bzw. Konsums lässt im Vergleich am deutlichsten am Beispiel der ARD (Chi-Quadrat 120,184) veranschaulichen. So sind unter den Zuschauern dieses Senders lediglich 25 % Nichtwähler. Unter den ZDF- und NDR Zuschauern wird eine ähnlich gute, weil geringe Nichtwählerquote (ZDF rund 28 % - Chi-Quadrat 57,269, NDR rund 27 % - Chi-Quadrat-Wert: 20,480) erreicht.

Zusammengefasst sieht die Studiengruppe– abgestellt auf das Item zum Fernsehkonsum – die fünfte Hypothese als zutreffend an.

5.2.5.2 Radionutzung

Die Präferenzen im Mediengenre Radio wurde in ähnlicher Weise wie die Fernsehgewohnheiten zur Überprüfung der fünften Hypothese untersucht. Die Probanden wurden im Rahmen der Erhebung gleichsam gebeten, auch Angaben zur Nutzung des Mediums Radio zu machen. Zur Beantwortung der entsprechenden Frage („Über welche Radiosender beziehst Du Deine Informationen?“) wurde den jugendlichen Erstwählern erneut zehn

Sender	Beliebtheit
Radio Hamburg	60,3 %
N-Joy	44,6 %
NDR 2	29,7 %
NRJ	29,2 %
Sonstige	16,0 %
NDR 90,3	9,2 %
Alsterradio	5,4 %
Delta Radio	5,4 %
Deutschlandfunk	2,5 %
Antenne Nds.	2,3 %

Antwortmöglichkeiten offeriert, bei denen wieder vier öffentlich-rechtliche Sender (N-

Abbildung 12: Beliebteste Radiosender der Gesamtheit der Befragten

Joy; NDR 2; NDR 90,3; Deutschlandfunk) und fünf private Radioanstalten (Energy, Radio HH, Delta Radio, Alsterradio, Antenne Niedersachsen) zur Auswahl gestanden haben. Die Erhebungsergebnisse zu dieser Frage werden gleichsam wie die Resultate im vorausgegangenen Kapitel abgehandelt. Die erste Tabelle bildet zuvorderst die Beliebtheit der einzelnen Radio-Sender unter den Erstwählern ab.

Die Differenzierung zwischen Wählern und Nichtwählern in Bezug auf ihre Hörgewohnheiten zeigt, ganz im Gegensatz zum vorausgegangenen Kapitel zur TV Nutzung, nur kleinere Unterschiede bei einer annähernd gleichen Reihenfolge der Sender.

Sender	Wähler	Sender	Nichtwähler
Radio Hamburg	55 %	Radio Hamburg	70 %
N-Joy	43 %	N-Joy	48 %
NDR 2	34 %	NRJ	28 %
NRJ	24 %	NDR 2	18 %
Sonstige	15 %	Sonstige	17 %
NDR 90,3	9 %	NDR 90,3	9 %
Delta Radio	6 %	Alsterradio	5 %
Alsterradio	5 %	Delta Radio	4 %
Deutschlandfunk	3 %	Antenne Nds.	3 %
Antenne Nds.	2 %	Deutschlandfunk	1 %

Abbildung 13: Beliebteste Radiosender von Wählern und Nichtwählern

Rein von den bisher aufgezeigten Häufigkeiten lassen sich also keine Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung feststellen. Bemerkenswert ist allerdings, dass einige Sender vergleichsweise stark beliebt sind (Radio Hamburg; N-Joy; NDR 2; NRJ), während genau die Hälfte der Radioanstalten in der Hörergunst weit abgefallen sind (NDR 90,3; Delta Radio; Alsterradio; Deutschlandfunk, Antenne Niedersachsen). Die Gruppe erklärt sich das beschriebene Nutzungsverhalten zum einen damit, dass in der Radiolandschaft, auch durch den zunehmenden Einfluss von Internetradio, ein umfassender und dislozierter Markt an Spartensendern (häufige Auswahl der Angabe „Sonstige“). Zum anderen wird davon ausgegangen, dass Radiokonsum zumeist auf Unterhaltung und weniger auf Informationsgewinnung abzielt, was für die Marktführerschaft der wenigen „Jugendsender“ erklärt.

Nichtsdestotrotz haben sich hier ebenso Signifikanzen im Sinne der fünften Hypothese – wenn auch in weniger Fällen (hier: vier von zehn) – dahin gehend ergeben, dass die Hörschaft des einen oder anderen Senders gleichwohl häufiger bzw. seltener vom Wahlrecht Gebrauch macht. So lassen sich die Auswirkungen des Konsums des öffentlich-rechtlichen Angebots am besten am Beispiel von NDR 2 (Chi-Quadrat-Wert 41,728; exakte Signifikanz 0,000) darstellen. Dieser Sender nimmt den Spitzenplatz bezüglich der gegenseitigen Abhängigkeit von Wahlbeteiligung und Nutzung ein. Jener Zusammenhang ist nach der Definition ein positiver, da man die Aussage treffen kann, dass mit zunehmendem Konsum die Wahlbeteiligung steigt. Unter der NDR 2-Hörer sind lediglich 22,7 % Nichtwähler.

Die niedrigste Nichtwählerquote innerhalb der Hörschaft weist allerdings der Deutschlandfunk auf (17,2 %). Dennoch sind die Unterschiede hier weniger signifikant (Chi-Quadrat-Wert 4,873; exakte Signifikanz lediglich 0,018), was sich durch die zahlenmäßig ausgesprochen geringe Anzahl an Probanden erklärt, die angegeben haben, Deutschlandfunk zu hören (29 von 1159 Personen, d. h. 2,5 Prozentpunkte). Trotzdem weist dies auf einen hohen Grad der Politisierung und Information sowohl des Programms als auch der Nutzer hin.

Auch die Gegenprobe lässt sich durch signifikante Unterschiede bei zwei Sendern zur Verifizierung der fünften Hypothese heranziehen. Dazu eignen sich die Ergebnisse der privaten Radioanstalten NRJ (Chi-Quadrat-Wert 26,444; exakte Signifikanz 0,000) und Radio Hamburg (Chi-Quadrat-Wert 26,163; exakte Signifikanz 0,000), wobei letzterer Sender der mit Abstand beliebteste

Sender unter den jugendlichen Erstwählern ist. So sind unter der Hörerschaft von NRJ 48,1 % Nichtwähler. Bei Radio Hamburg liegt der entsprechende Wert bei 42,6 %. Auf diese beiden Werte kann ein negativer Zusammenhang zwischen dem Konsum privater Radiosender und der Wahlbeteiligung abgestellt werden.

Aufgrund von fehlender Aussagekraft in Form von Signifikanzwerten größer 0,050, muss der Einfluss auf das Wahlverhalten durch die Sender N-JOY, Delta Radio, Antenne Niedersachsen, Alsterradio und NDR 90,3 als rein zufällig beschrieben werden.

Vergleicht man zur Verifizierung der fünften Hypothese abschließend die mit ihr verbundenen zwei Items zu Fernseh- und Radiokonsum, so bleibt festzuhalten, dass der negative Einfluss von privatrechtlichen Anbietern im Bereich TV deutlich größer ist. Die Radionutzung sagt deutlich weniger über die Politisierung bzw. Wahlbeteiligung aus. Schließlich haben sich bei zusammengerechnet lediglich vier Radiosendern, darunter allerdings auch beim beliebtesten Radiosender der Probanden (Radio Hamburg), Signifikanzen im Sinne der fünften Hypothese ergeben. Hingegen hat die Erhebung im Zusammenhang mit fünf Rundfunkanstalten, nur zufällige Unterschiede aufweisen können. Nichtsdestotrotz sieht die Studiengruppe die fünfte Hypothese im Ergebnis als bestätigt an.

5.3 Motive mangelnder Wahlbeteiligung

Mit der Frage 6 „Welche der folgenden Aussagen sind Deiner Meinung nach am ehesten Gründe nicht wählen zu gehen? (Maximal drei Nennungen möglich)“ sollte herausgefunden werden, welche Gründe es gibt bzw. welche die wichtigsten sind, um nicht wählen zu gehen. Wähler sind gebeten worden, hier Gründe anzukreuzen bzw. zu nennen, von denen sie meinen, dass sie Nichtwähler vom Wählen abhalten. Die Beantwortung der Frage wurde auf maximal drei Nennungen begrenzt, um die Teilnehmer dazu zu bringen, etwas genauer darüber nachzudenken. Es wurden sieben Antwortmöglichkeiten vorgegeben und eine freie Angabe, durch das Ankreuzen des Punktes „Sonstiger Grund“ zugelassen, um auch Gründe herauszufinden, die von der Studiengruppe in der Fragebogenerstellung nicht bedacht wurden.

Die sich nun anschließende Vorstellung der Erhebungsergebnisse zu Frage 6 erfolgt nach folgendem Schema: Zuerst wird das Antwortverhalten zu den vorgegebenen Gründen, unterteilt nach Wählern (Kap. 5.3.2) und Nichtwählern (Kap. 5.3.3), dargestellt. Im Rahmen einer Zusammenführung werden dann

diese Erhebungsergebnisse in Kap. 5.3.4 verglichen und vertiefend erörtert. Die Kap. 5.3.2 bis einschließlich 5.3.4 basieren auf SPSS-Kreuztabellen, die zu den vorgegebenen Antworten gebildet wurden. Die Gründe sind hierbei stets mit dem Item „Ich habe gewählt“ gekreuzt worden. Danach wird in einem eigenen Kapitel (Kap. 5.3.5) dargestellt, wie die Studiengruppe mit den freien Angaben zu „Sonstigen Gründe“ umgegangen ist bzw. was ihre Auswertung erbracht hat. Zu diesen allgemein interessanten Angaben, wurden aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl, keine statistischen Berechnungen durchgeführt.

Von den insgesamt 1.336 Personen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, haben 1.273 (95,82 %) Antworten auf die Frage 6 gegeben. Da maximal drei Antworten zur Verfügung gestanden haben, sind im Schnitt 2,19 Antworten gegeben worden, was eine Gesamtzahl von 2.785 Antworten ergibt.

5.3.1 Erläuterungen zu den Motiven

Im Folgenden wird kurz auf die Motive, die im Fragebogen zur Auswahl stehen, eingegangen, um zu erläutern, was sie bedeuten und wie man die Kreuze der Jungwähler verstehen kann.

Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt.

Unter dieser Aussage ist zu verstehen, dass die ankreuzenden Personen sich grundsätzlich schon mit dem Thema Wahlen und Politik befasst haben. Allerdings spiegelt die Parteienlandschaft, aus Sicht der Jugendlichen ihre Interessen nicht wider, womit sie begründen, nicht wählen zu gehen.

Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll.

Unter dieser Aussage wird verstanden, dass man aufgrund politischem Desinteresse keine Partei oder Kandidaten gefunden hat, die wählbar ist. Im Gegensatz zur eben erläuterten Aussage ist dieses Item so konstruiert, dass angenommen wird, dass Jugendliche, die sich dafür entscheiden, deutlich vom politischen Tagesgeschehen abgekoppelt sind und in diesem Zusammenhang maximal gleichgültig sind. Die Studiengruppe geht zudem davon aus, dass die Aussage des Weiteren als Zeichen für mangelndes generelles Interesse an Wahlen interpretiert werden kann.

Die Kandidaten überzeugen mich nicht.

Hier geht es im Besonderen um einzelne Kandidaten. Zu den nicht überzeugenden Kandidaten gehören zum größten Teil die Personen, die in der näheren Umgebung des Jugendlichen auf Plakaten gezeigt werden. Bei

weitergehendem Interesse der Jugendlichen können es aber auch Personen sein, die sie recherchiert und dann für profillos erachtet, haben.

Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert.

Da in den Medien häufig das Thema des komplizierten Wahlrechts in Hamburg aufkam, hat sich die Gruppe dafür entschieden, dieses Motiv in den Auswahlkatalog mit aufzunehmen. Hierbei soll betrachtet werden, inwieweit das Hamburger Wahlrecht Jungwähler davon abhält, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Ich hatte keine Zeit.

Ein häufiger Grund, weswegen nicht wählen gegangen wird, ist der Zeitfaktor. Entweder kommt etwas dazwischen, man ist verreist oder am selben Tag finden andere Termine statt, die für den Einzelnen wichtiger sind, als wählen zu gehen. Personen die hier Kreuze setzen, sind nicht unbedingt gegen Politik, sondern haben häufig noch nicht genug Interesse dafür entwickelt.

Der Wahlkampf hat mich nicht angesprochen.

Vor den Wahlen finden obligatorische Wahlkämpfe mit wichtigen, aktuellen Themen statt. Sprechen diese Themen die Jugendlichen jedoch nicht an, ist dieser Wahlkampf uninteressant für sie. Ihre eigenen Interessen werden aus ihrer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt, was ein Grund sein könnte, weswegen sie keinen Bezug zu den Wahlen entwickeln und deswegen nicht wählen gehen.

Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt.

Viele Nichtwähler haben das Gefühl, dass ihre Stimme kaum etwas wert ist. Hamburg ist eine Großstadt mit weit über einer Millionen Einwohnern. Somit können Jugendliche schnell das Gefühl bekommen, dass ihre Stimme nicht ausschlaggebend ist und gehen deswegen gar nicht erst wählen.

Sonstiger Grund

Da sich die Studiengruppe viele Gedanken über Motive gemacht hat, aber nicht in der Lage war, alle möglichen Motive abzudecken, die für Jugendliche in Betracht kommen, wurde die Antwort „sonstigen Grund“ eingefügt. Hier können die Befragten eigene Anregungen und Motive nennen, die die Gruppe nicht bedacht hat, damit sie trotzdem ihre Erwähnung finden.

5.3.2 Perspektive Wähler

Von den insgesamt 1.273 Personen, die die Frage 6 beantwortet haben, sind 780 (61,3 %) Wähler. Diese haben insgesamt 1.745 Gründe ausgewählt, was im Schnitt 2,24 Kreuze ergibt.

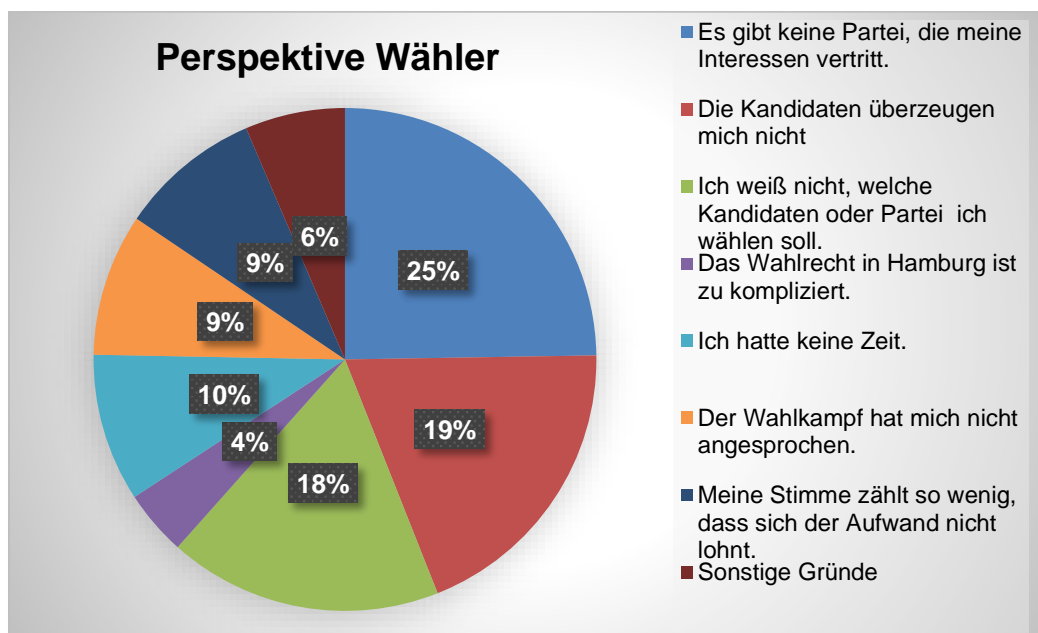


Abbildung 14: Gründe für das Nichtwählen aus der Perspektive der Wähler

Die meisten Kreuze der Wähler wurden bei der ersten Antwortmöglichkeit „Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt“ abgegeben. 55,4 % aller Personen, die die Frage 6 beantwortet haben, haben eines ihrer Kreuze bei dieser Aussage gemacht. Es sind somit über die Hälfte und zeigen eindeutig, dass die Interessen der Jugendlichen von den Politikern vertreten werden. 43,1 % aller Befragten haben „Die Kandidaten überzeugen mich nicht“ angekreuzt. Was bedeutet, dass es zu wenige Kandidaten gibt, die das Interesse der Jugendlichen wecken. Am dritthäufigsten ist mit 39,4 % die Antwortmöglichkeit „Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll“ ausgewählt worden, was darauf hindeutet, dass Wähler davon ausgehen, dass Nichtwähler nicht wählen, weil sie nicht wissen, was sie wählen sollen.

Da die ersten drei Aussagen, somit die höchsten Prozentzahlen aufweisen, kann man auf den ersten Blick davon ausgehen, dass in diesen drei Gründen schon die hauptsächlichen Ursachen mangelnder Wahlbeteiligung aufgedeckt wurden. Wahrscheinlicher ist aber hingegen, dass die befragten Wähler einfacherweise ihre drei Kreuze auf die ersten drei Punkte gesetzt haben. Auf diese Aussagen verteilen sich nämlich insgesamt 61,6 % der Kreuze, die die Wähler gemacht haben. Dementsprechend erhalten die folgenden fünf

Aussagen nur 38,4 % aller Stimmen. Diese prozentuale Verteilung ist durchaus auffällig.

Die Ankreuzmöglichkeit „Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert“ hat in der Studie mit 9,4 % von den Wählern die wenigsten Stimmen erhalten. Was darauf hindeutet, dass das Hamburger Wahlrecht nicht das Problem ist, weswegen Nichtwähler nicht wählen gehen. 21,3 % der befragten Wähler, und somit ein Fünftel, gehen davon aus, dass Gründe von Wahlberechtigten, nicht zur Wahl zu gehen, darin liegen, dass sie keine Zeit dafür hätten („Ich hatte keine Zeit.“). Zudem haben 20,5 % die Aussage „Der Wahlkampf hat mich nicht angesprochen“, angekreuzt. „Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt.“ ist eine Begründung, die weiteren 20,4 % der Teilnehmer der Studie plausibel erscheint.

14,4 % der Befragten Wähler haben sonstige Gründe angegeben die in Punkt 4.4 näher erläutert werden.

5.3.3 Perspektive Nichtwähler

Von den insgesamt 1.273 Personen, die Frage 6 beantwortet haben, sind 493 (38,7 %) Nichtwähler. Diese haben insgesamt 1.042 Antworten abgegeben, was im Schnitt 2,11 Kreuze ergibt.

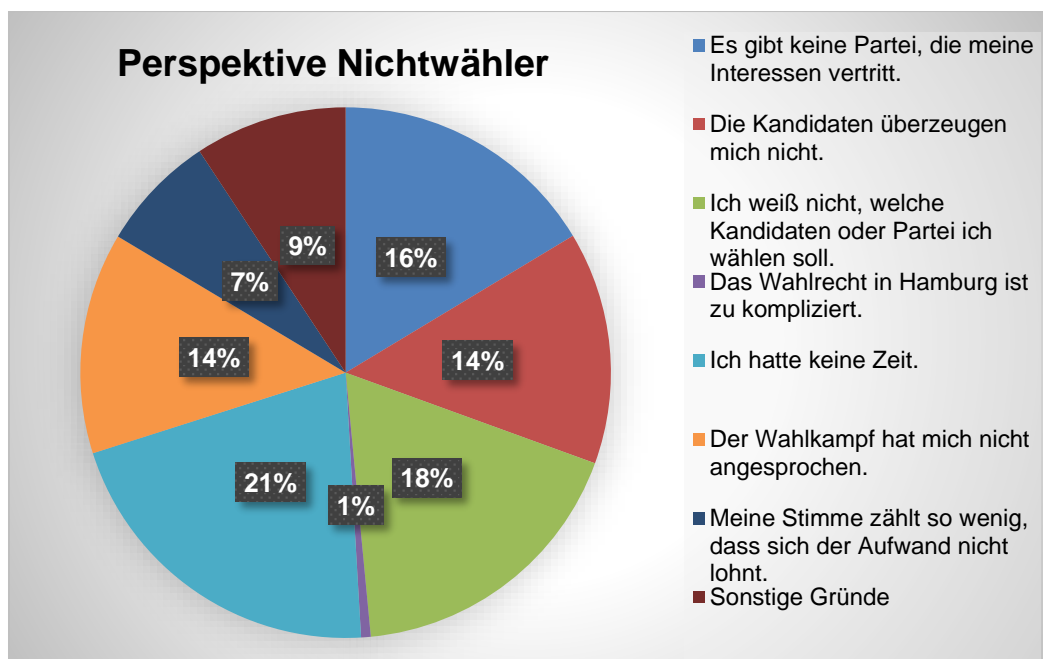


Abbildung 15: Gründe für das Nichtwählen aus der Perspektive der Nichtwähler

Die mit Abstand meisten Kreuze der Nichtwähler hat die Antwortmöglichkeit „Ich hatte keine Zeit“ mit 43 % Zustimmung erhalten. Dies lässt darauf schließen, dass die Nichtwähler zwar Interesse haben, aber am Wahltag andere Prioritäten gesetzt haben und nicht wählen gegangen sind. Am zweithäufigsten

(36,7 %) ist die Antwortmöglichkeit zwei „Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll“ angekreuzt worden. Das deutet darauf hin, dass die Nichtwähler nicht genug informiert gewesen sind – egal, ob aufgrund von eigenem oder fremdem Verschulden.

„Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt“ haben 33,5 % der Nichtwähler angekreuzt, wodurch darauf geschlossen werden kann, dass die Nichtwähler sich von den bestehenden Parteien nicht vertreten sehen. 29 % aller Befragten haben „Die Kandidaten überzeugen mich nicht“ angekreuzt und 27,6 % der Nichtwähler hat der Wahlkampf nicht angesprochen. Mit größerem Abstand folgen dann die sonstigen Angaben. Bei den Nichtwählern liegen diese bei 19 %. Somit haben fast Einünftel der Nichtwähler einen eigenen Kommentar abgegeben. Die Gründe „Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt.“ (14,6 %) beschäftigt die Nichtwähler nicht besonders stark und auch hier bildet die Aussage: „Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert“ (7,9 %) das Schlusslicht.

5.3.4 Vergleich

Auffällig ist, dass die Wähler ihre meisten Stimmen an die ersten drei Antwortmöglichkeiten vergeben haben. Wie schon im Text der Wähler erwähnt, könnte es daran liegen, dass sie die Frage nicht direkt betrifft und sie deswegen nur oberflächlich beantworten haben. Aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass die Wähler sich kaum mit Frage 6 beschäftigt haben. Der Fragebogen könnte in diesem Bereich aber auch Schwächen aufweisen, da die Antwortmöglichkeiten 1 bis 3 thematisch sehr eng miteinander verknüpft sind. Zwar haben die Nichtwähler den ersten drei Punkten recht viele Kreuze gegeben, dennoch ist die Konstellation hier nicht besonders auffällig. Die Kreuzverteilung der Nichtwähler lässt auf eine deutlich intensivere Auseinandersetzung mit der Frage 6 schließen. Das kann daran liegen, dass sie wissen, dass das Wählen sozial erwünscht ist und sie deshalb besonders nach guten Gründen suchen, die rechtfertigen, dass sie nicht wählen waren.

Auffällig ist, dass die Antwortmöglichkeit „Ich hatte keine Zeit“ mit 43 % bei den Nichtwählern, im Gegensatz zu den Wählern (20,5 %), besonders ausschlaggebend ist. Das bedeutet, dass die Nichtwähler andere Prioritäten in ihrem Leben setzen. Dinge wie beispielsweise Sportveranstaltungen oder Familienfeste sind ihnen wichtiger und bringen sie dazu, nicht wählen zu gehen. Diese Gruppe von Nichtwählern ist nicht gegen Wahlen, sondern wurde einfach noch nicht persönlich davon angesprochen. In folgenden Wahlen kann man

davon ausgehen, dass sie bei weiterem Desinteresse wieder nicht wählen werden. Würde man sie jedoch informieren und für das Thema sensibilisieren, stünden die Chancen gut, sie zu Wählern zu machen.

Im Allgemeinen ist des Weiteren zu erkennen, dass die Nichtwähler eher Aussagen ankreuzen, die darauf hindeuten, dass die fehlenden Informationen/Kenntnisse sie dazu bewegt haben, nicht wählen zu gehen. Hierzu gehören Aussagen wie: „Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll“ und „Der Wahlkampf hat mich nicht angesprochen“. Hingegen zeigen die Aussagen wie „Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt“, „Die Kandidaten überzeugen mich nicht.“ oder „Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt“, dass sich die Wähler mit dem Thema Wahlen auseinandergesetzt haben und sie die Gründe für Nichtwähler eher im Bereich der Systemunzufriedenheit sehen, als dass sie denken, dass Nichtwähler kein Interesse oder keine Meinung zum Thema Wahlen haben.

Interessant ist zudem die Anzahl der sonstigen Gründe. Fast ein Fünftel der Nichtwähler haben eigene Aussagen dazu gemacht, wieso nicht gewählt wurde, was die Annahme, dass sie sich mit den Motiven im Besonderen auseinandersetzen haben, stärkt. Bei den Wählern waren es 14,4 %. Hier kann man ebenfalls erkennen, dass es für die Nichtwähler wichtiger war, die Frage nicht einfach zu beantworten, sondern genauer darüber nachzudenken.

Auffällig ist auch, dass die Antwortmöglichkeit „Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert“ von beiden Gruppen im Durchschnitt nur 8,8 % der Kreuze bekam. Daraus kann man schlussfolgern, dass das „komplizierte“ Wahlrecht in Hamburg die Wahlbeteiligung der Jungwähler kaum beeinflusst.

5.3.5 Sonstige Angaben

Es liegen insgesamt 205 Fragebögen vor, die Angaben zum Thema „sonstige Gründe“ beinhalten. Zu Beginn hat die Studiengruppe die Kommentare gruppiert, um allgemeine Aussagen daraus zu ziehen und wiederholte Inhalte zusammen darzustellen. Hierbei wurden acht Typen von Aussagen gebildet, unter die sich sämtliche Aussagen der 205 Fragebögen einordnen lassen. Im Folgenden werden die acht Gruppen zu Anfang erläutert, damit die darauffolgende Auswertung besser zu verstehen ist.

5.3.5.1 Erläuterungen zu den Gruppierungen

Um sich etwas Genaueres unter den Gruppen vorstellen zu können, werden diese im Folgenden kurz erläutert.

Kategorie 1 - Im Fragebogen abgedeckt (mit Nr.)

Zu Beginn sind viele Aussagen aufgefallen, die im Fragebogen zum Ankreuzen vorgeschlagen worden sind, aber von den Befragten in eigene Formulierungen verpackt wurden. Fragebögen aus dieser Kategorie hat die Gruppe „Im Fragebogen abgedeckt (mit Nr.)“ genannt. Da sie im Fragebogen direkt abgedeckt worden sind, ist es kein Problem gewesen, diese den jeweiligen Nummern zuzuordnen, die hinter den Aussagen stehen.

Kategorie 2 - Keine Lust, Desinteresse

Aus einigen Fragebögen ist grundsätzliches Desinteresse an Politik zu erkennen, insbesondere wenn dies als zusätzlicher Grund in der Frage 6 angegeben worden ist. Hier ist zwischen zwei Lagern zu unterscheiden:

Die einen haben angegeben, aus Bequemlichkeitsgründen nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Beispielhaft ist dafür die Antwort „Ich hatte keine Lust“. Hier lässt sich klar auf ein Gleichgültigkeitsgefühl des Probanden schließen.

Die zweite Art von Antwort, die unter dieser Kategorie zusammengefasst wird, ist das reine Desinteresse an Politik. Dabei begründet sich die ausgebliebene Wahlbeteiligung nicht durch eine Laune, sondern fußt eher auf einem inhärenten Gefühl, sich nicht für Politik engagieren zu müssen.

Kategorie 3 - Es gibt keine Gründe nicht zu wählen

In dieser Kategorie wurden die zusätzlichen Antworten gebündelt, die plausible Gründe für eine Nichtbeteiligung an einer Wahl grundsätzlich verneinen. Die Probanden, die diese Art von sonstigem Grund angegeben haben, sind durchgehend Wähler gewesen. Eine tatsächliche zusätzliche Antwort auf die Frage, welche Gründe Nichtwähler zum Fernbleiben einer Wahl haben könnten, ist diese jedoch nicht.

Da die Zahl der Jugendlichen, die diesen „Grund“ eingebracht haben, aber erheblich gewesen ist, entschied sich die Studiengruppe, diese Meinung deutlich herauszustellen. Die bedingungslosen Verfechter des Gebrauchs des Wahlrechts erhalten somit die ihnen gebührende Erwähnung.

Kategorie 4 - Die Parteien halten nicht was sie versprechen

In dieser Kategorie wurde die Art von Antworten gesammelt, die ihre Enttäuschung über nicht gehaltene Wahlversprechen Ausdruck verleihen. Jugendliche, die sich für diese Aussage entschieden haben, erscheinen gebrochene Wahlversprechen als wichtiger Grund für Wahlabstinenz. Sie

mutmaßen ihre Stimme sei irrelevant, da das Parteiprogramm eh nicht wie versprochen eingehalten werde.

Eine allgemeine Abneigung gegen Politik ist an dieser Stelle nicht unbedingt zu erkennen, da sich der oder die Jugendliche, der/die diese zusätzliche Antwort eingetragen hat, mit dem Thema Politik zumindest, wenn auch nur oberflächlich, beschäftigt haben muss, um zu wissen, was eine Partei versprochen hat und, ihrer Meinung nach, später nicht eingehalten hat.

Kategorie 5 - Krankheit oder Verhindert

Unter dieser Kategorie finden sich sämtliche Antworten zusammengefasst, die eine gesundheitliche oder zeitliche Unpässlichkeit zum Ausdruck bringen. Hier sind beispielsweise Hobbys angegeben worden, die eine Wahlbeteiligung verhindert haben. Eine vorausschauende Planung im Sinne der Nutzung der Briefwahlmöglichkeiten ist in diesem Zusammenhang durch keinen Probanden erwähnt worden.

Kategorie 6 - Gegen das System

Diese Kategorie ist die politischste aller sonstigen Kategorien, selbst wenn hierbei Gründe zum Ausbleiben der Wahlbeteiligung erörtert werden. Gegen das System suggeriert die Auseinandersetzung mit dem in Deutschland geltenden demokratischen System und dessen Nichtakzeptanz. Die Stärke und Ausprägung der Rebellion gegen das System bleibt dabei unbekannt.

Dennoch ist dieser Wählerschaft zu unterstellen, dass sie grundsätzlich Interesse an Politik hat, nur mit dem Status Quo der Politik in Deutschland unzufrieden ist.

Kategorie 7 - Keine Aufklärung

Wenn sich Probanden mit dem Wahlvorgang an sich oder dem politischen System im Ganzen unzulänglich aufgeklärt fühlen und diese Stimmung als zusätzlichen Grund bei Frage 6 eingetragen haben, sind die Antworten unter der Kategorie „Keine Aufklärung“ zusammengefasst worden. Dabei haben die Jugendlichen, meist Schüler, angegeben, sie fühlten sich im Wahlvorgang überfordert oder alleine gelassen. Die Kritik hat oft der Schule gegolten, die ihre Schüler nicht genügend über die Parteien informiert hätte.

Kategorie 8 - Sonstige Gründe

In die achte Kategorie wurden Aussagen zusammengefasst, die von der Studiengruppe für nicht eindeutig erachtet wurden. Sie haben keine greifbaren Aussagen enthalten oder waren in ihrer Summe einfach zu wenige, um eine

eigene Kategorie zu bilden. Hierzu zählen besonders „Spaßaussagen“. Genauer wird im kommenden Punkt, der „Auswertungen der Gruppen“, beschrieben.

5.3.5.2 Auswertung und Beispiele

Zu Kategorie 1: Hier hat die Studiengruppe unter den 204 Aussagen, 41 herausfiltern können. Dies ergibt prozentual 20 % von 204 ergibt. Beispiele:

- „Ich konnte mich mit den zu Wählenden nicht identifizieren - ich kannte keinen“,
- „Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll“ oder
- „war nicht in Hamburg“

Exemplarisch lässt sich die dritte Aussage „war nicht in Hamburg“, unter den anzukreuzenden Punkt 5 „Ich hatte keine Zeit“ fassen.

Zu Kategorie 2: 49 von den 204 Angaben, die bei den sonstigen Gründen gemacht worden sind, beinhalten Aussagen in diesem Bereich. Das sind 23,9 % und somit fast jede vierte Aussage. In der Gesamtbetrachtung aller eingegangenen Fragebögen sind Aussagen dieses Typs immerhin von 3,85 % der Befragten gemacht worden. Diese Zahl scheint zwar auf den ersten Blick gering, doch es sollte in Betracht gezogen werden, dass die Aussagen von den Befragten selbstständig verfasst wurden und somit einen gewissen Arbeitsaufwand mit sich gebracht haben. Beispiele wie

- „Faulheit“,
- „Keine Lust“,
- „Kein Interesse“ oder

waren hierbei sehr eindeutig. Aussagen wie:

- „Verpasst/Vergessen“,
- „Ich habe mich nicht ausreichend informiert“ oder
- „Ich habe es total vergessen“,

wurden mit unter diese Kategorie gefasst.

Zu Kategorie 3: 17 Personen der 1.336 Befragten haben geschrieben, dass es für sie keine Gründe gebe nicht wählen zu gehen.

selbstständig genannt. Hierunter fallen Aussagen wie

- „Es gibt keinen Grund der rechtfertigt, nicht wählen zu gehen.“
- „Es gibt keine Ausreden.“
- „Es gibt keinen plausiblen Grund“.

Zu Kategorie 4: 29 weitere sonstige Gründe wurden der Kategorie „Die Parteien halten nicht was sie versprechen“ zugeteilt.

- „Die angestrebten Ziele werden nicht ausgeführt. Die Parteien sind weder seriös, noch auf die Ziele der Jugendlichen abgestimmt.“,
- „Es wird zu viel versprochen und nichts davon wird gehalten.“ oder
- „Die Politik ist durch Interessengruppen kontrolliert -> Handeln nicht nach dem eigentlichen Wahlprogramm.“

Zu Kategorie 5: „Krankheit oder Verhindert“ ist die fünfte Gruppe in die die sonstigen Aussagen unterteilt wurde. Hier geben die Befragten an, dass sie oder andere aus Krankheitsgründen oder weil sie verhindert wurden, nicht wählen waren. Hierunter fallen Aussagen wie:

- „zu krank, um aus dem Bett zu steigen“
- „kein Personalausweis“
- „Ich wollte eigentlich eine Briefwahl machen, aber habe es nicht geschafft, da ich in England war.“

sind sonstige Gründe (204) die innerhalb der Frage 6 prozentual zu 14,15 % vorkamen.

Zu Kategorie 6: Bei 10,73 % (22) der Befragten kann man eine Ansicht zur Gruppierung „Gegen das System“ erkennen. Hierunter fallen Aussagen wie:

- „Die Regierung ist ein Gauner!!!“;
- „Bei einer Wahl verärgern mich die in der Not getätigten Verzweiflungskoalitionen.“ oder
- „Alle Parteien kämpfen nur um die Macht und vertreten nicht die Interessen der Wähler!“.

Hierunter fallen aber auch Aussagen, die konkret machen, dass die Befragten gegen die Demokratie sind:

- „gegen Demokratie allgemein“
- „Demokratie und Kapitalismus sind schlecht.) oder gegen das System des Wählens („Grundsätzlich Ablehnung des Systems“, „Die Politiker werden gekauft und Wählen ist eine Lüge!“).

Zu Kategorie 7: 5,37 % der Befragten bemängeln, dass es nicht genügend Aufklärung im Bereich Politik gäbe. Dies entspricht elf Personen, die in die Kategorie „Keine Aufklärung“ fallen. Hierzu zählen Aussagen wie:

- „Man wird nicht informiert → Man sieht nur Bilder & Namen auf Plakaten“

- „Man hat kaum Ahnung vom Wählen, weil man es in der Schule nicht lernt“
- „Man wird zu wenig auf Wahlen vorbereitet, somit fehlt das Wissen über die deutsche Politik“.

Zu Kategorie 8: Der achten Kategorie wurden Aussagen zugeordnet, die die Studiengruppe als unschlüssig erachtet hat, die keine konkrete Aussage lieferte oder für die zu wenige vergleichbare Aussagen gefunden wurden, um eine Kategorie zu bilden. Erwähnenswert erscheint an dieser Stelle aber, dass unter diesen Aussagen zweimal scheinbar religiöse Gründe für die Verweigerung zur Wahl zu gehen angegeben wurden:

- „Ich bin Zeuge Jehova, ich wähle aus privaten Gründen nicht.“ und
- „Ich wähle nicht (HARAM)“.

Es gibt jedoch auch Befragte, deren Antworten unschlüssig waren:

- „war zwei Tage zuvor 17“
- „Ich will erstmal vergleichen, und dann mit diesem Ergebnis wählen“
- „Keine passende Wahlkleidung / Outfit.“

Man kann jedoch auch eine Unsicherheit erkennen:

- „Man sollte nicht wählen gehen, wenn man nicht genau weiß was.“
- „Wenn man keine Ahnung hat! Vielleicht ist es dann sogar besser nicht wählen zu gehen.“
- „Es ist nicht genug klar was es für Auswirkungen hat wenn man eine Partei wählt“

Eine Person hat auch die Spanne der möglichen Wahlzeit bemängelt („Die Wahlzeit ist zu kurz“).

Hierzu gehören auch Aussagen, die zeigen, dass die Befragten die Beantwortung der Motive nicht ernst nehmen.

6. Befragungsergebnisse im Überblick

Insgesamt 37,9 % der Befragten haben sich als Nichtwähler herausgestellt. Durch den Fragebogen, den diese ausgefüllt haben, konnte ein Blick auf ihre Motive erlangt werden. Wie bereits dargestellt ist diese Quote im Vergleich zum tatsächlichen Wahlverhalten der untersuchten Altersgruppe geringer. Dies begründet die Studiengruppe mit dem hohen Anteil an Befragten, die höhere Bildungseinrichtungen besuchen und sich generell noch im Schulsystem befinden. Weiter oben wurde beschrieben, dass die politische Bildung und die Schaffung von Problembewusstsein in Bezug auf die Wahl, einen deutlich positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben. Des Weiteren fällt die

untersuchte Wahlbeteiligung wie erwähnt bei Nachwahlbefragungen stets höher aus, da die Befragten häufig sozial erwünschte Antworten geben.

Nun werden die möglichen Hintergründe bzw. Gründe für das Nichtwählen, die sich indirekt durch die Auswertung des Fragebogens ergeben haben, benannt.

Hypothese 1 wurde durch die Befragung bestätigt. Dies heißt, dass die Bedeutung der Eltern bzw. deren Erziehung für das Wahlverhalten der Kinder eine große Rolle spielt. Kinder von Nichtwählern gehen ebenfalls eher nicht wählen. Zudem hat die Befragung ergeben, dass Jugendliche, die sich auf die Wahl vorbereitet und sich informiert haben, eher wählen gehen.

Daraus lässt sich folgern, dass den wahlabstinenten Jugendlichen von außen ein Anstoß gegeben werden sollte, damit sie wählen gehen. Dies könnte am ehesten durch besondere Werbung für Jugendliche im Alltag erreicht werden. Der Hinweis der Lehranstalten und eine noch tiefer gehende Schaffung von Problembewusstsein in der Schule wäre eine weitere Möglichkeit.

Die zweite Hypothese konnte durch die Auswertung der Befragung ebenfalls bestätigt werden. Wenn die Peergroup wählen geht bzw. politisch interessiert ist, wirkt sich dies positiv auf das eigene Wahlverhalten aus. Umgekehrt gilt dies genauso. Jedoch bleibt die Beteiligung an der Wahl eher aus, je weniger wichtig es dem Jugendlichen ist, was die eigene Peergroup von ihm selbst hält. Für diesen Sachverhalt im Allgemeinen könnten ähnliche Maßnahmen hilfreich sein, wie zu Hypothese 1 beschrieben.

Hypothese 3 kann insofern bejaht werden, als dass Personen, die vom politischen System in Deutschland überzeugt sind, eher wählen gehen als solche, die das System als nicht problemlösend empfinden. Mangelndes Politikinteresse wirkt sich negativ auf das Wahlverhalten der Jugendlichen aus. Hieraus lässt sich folgern, dass die Förderung eines positiven Demokratiebildes unter Jugendlichen zwingend notwendig ist, um eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Wenn sich bereits unter der befragten Altersgruppe vom System enttäuschte Personen befinden (wohl durch die Sozialisation durch Eltern, Medien und Peergroup), sollte gerade hier angesetzt werden, um Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenzuwirken.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich einige Maßnahmen bzw. Ziele ableiten, welche der Staat zu erreichen versuchen sollte. Der Hauptschluss, der gezogen werden kann, lautet, dass bei der Bildung der Jugendlichen angesetzt werden soll. Diese Jugendlichen sollen zu selbstdenkenden, mündigen Bürgern

heranwachsen, welche unabhängig von ihren Eltern und vom Haushalt denken können. Da der Staat nicht direkt in die Erziehungsmaßnahmen der Eltern eingreifen kann, ist diese Bildung vordergründig in den Schulen zu vermitteln. Neben der Förderung der Bildung der Jugendlichen ist auch die Aufklärung dieser Jugendlichen in Bezug auf die Bedeutung der Wahlen für eine funktionierende Demokratie notwendig. Diese Förderung von Kenntnis und Bildung ist allerdings nur eine Zielvorstellung, welche eine Seite abdeckt.

Die andere Seite, welche betrachtet werden sollte, um das Wahlverhalten von Jugendlichen positiv zu beeinflussen, wäre die Eltern selbst aufzuklären. Dies könnte in Form von Flyern erfolgen. Auf diese Weise soll das Thema Wahl mehr Präsenz in den Haushalten erhalten und eventuell auch das Wahlverhalten der Eltern positiv beeinflusst werden. Somit würden die Eltern mit ihrer Vorbild- und Erziehungsfunktion ihre Kinder eher dazu bewegen, wählen zu gehen.

Die vierte Hypothese „Junge Männer sind seltener Nichtwähler als junge Frauen“ findet keine Bestätigung durch die Befragung. Ein Grund könnte sein, dass sich Männer und Frauen in ihrer Sicht auf das Leben und die Bedeutung von politischer Beteiligung aus diversen Gründen erst ab einem späteren Lebensabschnitt auseinanderentwickeln. Dies ist allerdings nicht mehr als eine Vermutung.

Hypothese 5 ist in vielerlei Hinsicht zutreffend. Dies bedeutet, dass der Staat in Betracht ziehen sollte, mit privaten Medien zu kooperieren, um mehr Jugendliche zu erreichen. Des Weiteren könnte eine niedrigschwellige Intervention in den Programmplan durch die zuständigen Stellen eine Förderung der Wahlbeteiligung erreichen. Bei der medialen Vermittlung staatsbürgerlicher Werte durch die privaten Mediendienstleister sieht die Studiengruppe auf Grund der vorliegenden Daten das größte Potential zu einer positiven Aufwertung der Wahlen unter Jugendlichen.

In diesen Bereich fällt auch die Empfehlung, das Angebot an niedrigschwellige interaktive Plattformen speziell für junge Erwachsene zu erweitern.

An dieser Stelle sollen nun die erforschten Verweigerungsgründe der Nichtwähler nochmals zusammenfassend dargelegt werden.

Der Grund „Ich hatte keine Zeit“ fand mit 43 % unter den Nichtwählern die meiste Zustimmung. Dies zeigt, dass Nichtwähler grundsätzlich zwar Interesse an Politik haben, am Wahltag aber andere Prioritäten setzen. Hierin liegt ein großes Potential, in dem man die Möglichkeit zur Briefwahl stärker bekannt

macht und den Ablauf vereinfacht. Die Ideen diverser Bundestagsabgeordneter wie zum Beispiel Frau Yasmin Fahimi, Wahlen über den Zeitraum einer Woche stattfinden zu lassen und/oder Wahllokale dem Schwerpunkt nach in Einkaufszentren zu platzieren, sollten stärkere Beachtung finden. Ein gewisser „Bedeutungsverlust“ steht nach unserer Meinung in keinem Verhältnis zur zu erwartenden Steigerung der Wahlbeteiligung.

Mit abnehmender Zustimmung folgen die Gründe „Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll“, „Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt“ und „Die Kandidaten überzeugen mich nicht“. Dies deutet darauf hin, dass sich Nichtwähler von den bestehenden Parteien nicht vertreten fühlen, was das Gefühl erzeugt, dass mit der eigenen Stimmabgabe nichts Positives erwirkt werden kann. Auch Gründe wie „Der Wahlkampf hat mich nicht angesprochen“ und ein generelles Desinteresse an Politik oder Desinteresse aus Bequemlichkeit wurden genannt.

Diese Begründungen verstärken den bereits gewonnen Eindruck und unterstützen somit die bereits dargestellten Handlungsempfehlungen zur politischen Bildung.

Widererwarten sind die Gründe „Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt“ (14,6 %) und „Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert“ (7,9 %) vernachlässigbar gering. Daraus ließe sich folgern, dass zumindest unter den Jugendlichen Nichtwählern keine Probleme mit dem Wahlrecht und dem Ablauf der Wahl bestehen. Kritisch muss unter Berücksichtigung der vorangegangenen Begründungen allerdings hinterfragt werden, inwiefern sich Nichtwähler überhaupt mit dem Wahlvorgang beschäftigt haben, um dies einschätzen zu können.

Insgesamt lässt sich allerdings ein positives Bild der untersuchten Gruppe feststellen. Im Vergleich zu den Wahlberechtigten in ihrer Gesamtheit sind die Jugendlichen zwischen 18 und 23 weder desinteressierter noch wahlfauler. Nichtsdestotrotz bilden gerade sie das Potential für eine Aufwertung der Wahlen im Allgemeinen und eine Förderung der Wahlbeteiligung im Speziellen. Es gilt so wenig wie möglich von Ihnen an ein schlechtes Demokratie- und Staatsbürgerverständnis zu verlieren. Insbesondere hier gilt der Grundsatz „Wehret den Anfängen“. Dies sollte allerdings in einer Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen und weniger durch Zwang der Obrigkeit, welcher wohlmöglich viele Jugendliche erst Recht entpolitisieren würde.

Literaturverzeichnis

Bortz, Jürgen: Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler, 7. Aufl., 2010.

De Neve, Dorothée: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie, 2011.

Eilfort, Michael: Die Nichtwähler (1994), aktualisierter Beitrag, 2009.

Eilmann, Sonja/ Behrend, Frank/ Hübner, Raimo/ Weitlander, Erwin: Interessengruppen/Interessierte Parteien, in: Gessler, Michael (Hrsg.): Kompetenzbasiertes Projektmanagement, 6. Aufl., 2014.

Güllner, Manfred: Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin in: Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Nichtwähler in Deutschland, 2013.

Jakobeit, Cord/ Hiller, Philipp/ Thomsen, Nils/ Jankowski, Michael/ Pritsch, Max/ Jäckel, Daniel: Evaluation des neuen Hamburger Wahlrechts bei der Bürgerschaftswahl 2011 - Ergebnisse einer Wähler- und Nichtwählerbefragung, 2011.

Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler - Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, 1995.

Neu, Viola, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Dann bleibe ich mal weg - Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler, 2012.

Perlot, Flooh/ Zandonella, Martina: Wählen mit 16 – Jugendliche und Politik in Österreich, 2009.

Petersen, Thomas/ Hierlemann, Dominik, Vehrkamp Robert B./ Wratil, Christopher, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, 2013.

Schloßbauer, Ulf: Jugendliche wählen ganz anders als man glaubt, 2012.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.): Analyse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg am 15. Februar 2015, 2015.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.): Statistik informiert..., Nr.18/2015, Schlaglichter Wahlanalyse zur Bürgerschaftswahl 2015, 2015.

Internetquellenverzeichnis:

Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg (Hrsg.): Hamburgs weiterführende Schulen,

URL: <http://www.hamburg.de/weiterfuehrende-schulen/>

abgerufen am 05.10.2015

Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg (Hrsg.): Wahlen zu den Bezirksversammlungen am 25. Mai 2014,

URL: http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungenwahlen/2014/Die_wichtigsten_Ergebnisse/BezWA_2014_endgueltig_Komplett.pdf

abgerufen am 05.10.2015

Statistisches Amt Schleswig-Holstein und Hamburg (Hrsg.): Hamburger Stadtteil-Profile 2014,

URL: https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR16_Statistik-Profile_HH_2014_web.pdf

abgerufen am 05.10.2015

C. Fragebogen

Befragung zur Wahlbeteiligung Jugendlicher zur Bürgerschaftswahl 2015

Liebe/r Teilnehmer/in,

wir sind eine Gruppe von Studenten des dualen Studienganges „Public Management“ an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) und führen im Rahmen einer Projektarbeit eine Befragung von wahlberechtigten Jugendlichen zur Wahlbeteiligung an der Bürgerschaftswahl 2015 in Hamburg durch.

Die Erhebung ist freiwillig und wird anonym (ohne Namensangabe) durchgeführt. Eine Nichtteilnahme führt zu keinerlei Konsequenzen. Die ausgefüllten Fragebögen werden nicht für kommerzielle Zwecke, sondern ausschließlich für unser Studienprojekt verwendet.

Bitte stets das auf Dich Zutreffende ankreuzen.

1) Ich bin derzeit:

- Schüler/in Auszubildende/r
 Student/in Sonstiges (Bitte angeben): _____

2) Welchen Bildungsabschluss strebst Du an?

(soweit angestrebter Schulabschluss schon erreicht, diesen ankreuzen)

- Hochschulabschluss Abitur
 Realschulabschluss Hauptschulabschluss
 Sonstiges (Bitte angeben): _____

3) Wirst Du innerhalb Deiner Familie bei den Klausurvorbereitungen / den Hausaufgaben/ durch Finanzierung privater Nachhilfe unterstützt?

Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4) Welchen Bildungsabschluss haben Deine Eltern?

	Mutter	Vater
Hochschulabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abitur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Realschulabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hauptschulabschluss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Keinen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiß ich nicht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5a) War mindestens ein Elternteil bei der Bürgerschaftswahl 2015 wählen?

- Ja Nein Weiß ich nicht

5b) Hast Du Dich im Vorlauf mit der Bürgerschaftswahl 2015 auseinandergesetzt?

Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5c) Hast Du gewählt?

- Ja Nein

5d) Meine Freunde waren wählen.

- Ja Nein
 Weiß ich nicht

6) Welche der folgenden Aussagen sind Deiner Meinung nach am ehesten Gründe **nicht** wählen zu gehen? (Maximal drei Nennungen möglich)

- Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt.
- Ich weiß nicht, welche Kandidaten oder Partei ich wählen soll.
- Die Kandidaten überzeugen mich nicht.
- Das Wahlrecht in Hamburg ist zu kompliziert.
- Ich hatte keine Zeit.
- Der Wahlkampf hat mich nicht angesprochen.
- Meine Stimme zählt so wenig, dass sich der Aufwand nicht lohnt.
- Sonstiger Grund: _____

7) Können wir mit unserem demokratischen System die derzeitigen Probleme in Deutschland lösen?

Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8a) Ich interessiere mich für Politik.

Ja <input type="checkbox"/>	Eher ja <input type="checkbox"/>	Eher nein <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
--------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------

8b) Politik ist in meinem Freundeskreis ein Thema.

Ja <input type="checkbox"/>	Eher ja <input type="checkbox"/>	Eher nein <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
--------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------

8c) Mir ist wichtig, was meine Freunde von mir denken.

Ja <input type="checkbox"/>	Eher ja <input type="checkbox"/>	Eher nein <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
--------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------

8d) Mich beeinflusst das Wahlverhalten meiner Freunde (wählen zu gehen oder nicht).

Ja <input type="checkbox"/>	Eher ja <input type="checkbox"/>	Eher nein <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
--------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------

9) Meine Freunde und ich interessieren uns hauptsächlich für folgende Aktivitäten (Mehrfachnennungen möglich):

Politisches Tagesgeschehen <input type="checkbox"/>	Sport <input type="checkbox"/>
Umweltschutz <input type="checkbox"/>	Schulsprecher/Schülervertretung <input type="checkbox"/>
Filme/Serien <input type="checkbox"/>	Musik <input type="checkbox"/>
Bürgerinitiativen (auch politisches Ehrenamt) <input type="checkbox"/>	Freunde treffen <input type="checkbox"/>
Bücher <input type="checkbox"/>	Aktionen gegen Rechts <input type="checkbox"/>

10) Über welche Sender beziehst Du Deine Informationen? (auch verwandte Sender, Beispiel ZDF= auch ZDF Neo, RTL= auch RTL II und Super RTL – Mehrfachnennungen möglich)

ARD <input type="checkbox"/>	ZDF <input type="checkbox"/>
NDR <input type="checkbox"/>	RTL <input type="checkbox"/>
Sat1 <input type="checkbox"/>	ProSieben <input type="checkbox"/>
N24) <input type="checkbox"/>	NTV <input type="checkbox"/>
Phoenix <input type="checkbox"/>	Sonstige <input type="checkbox"/>

11) Über welche Radiosender beziehst Du Deine Informationen? (Mehrfachnennungen möglich)

Energy <input type="checkbox"/>	NDR 2 <input type="checkbox"/>
N-JOY <input type="checkbox"/>	ANTENNE Niedersachsen <input type="checkbox"/>
RADIO Hamburg <input type="checkbox"/>	Deutschlandfunk <input type="checkbox"/>
NDR 90,3 <input type="checkbox"/>	Alsterradio Rock und Pop <input type="checkbox"/>
Delta Radio <input type="checkbox"/>	Sonstige <input type="checkbox"/>

Zum Abschluss des Fragebogens benötigen wir jetzt noch folgende statistische Angaben von Dir:

Wie alt bist Du?

16 <input type="checkbox"/>	17 <input type="checkbox"/>	18 <input type="checkbox"/>	19 <input type="checkbox"/>	20 <input type="checkbox"/>	21 <input type="checkbox"/>
--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------

Ich bin:

Männlich Weiblich

In welchem Stadtteil wohnst Du? Bitte angeben: _____

Wir danken Dir für die Teilnahme an dieser Befragung!